



Stadtratssitzung

Donnerstag, 15. Dezember 2011, 17.00 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Wahl in Schulkommission (Schulkommission Bümpliz) (BSS: Olibet)	11.000015
2. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 18 vom 20. Oktober 2011 und Nr. 19 vom 3. November 2011)	---
3. Investitionsvorhaben KWO plus: Teilprojekt „Aufwertung Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1“ der Kraftwerke Oberhasli AG; Ermächtigung Energie Wasser Bern, ewb (Abstimmungsbotschaft) (FSU: Schmidt / SUE: Nause)	11.000326
4. Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli): Staumauer am Grimsel: Ein politischer Weg aus der Sackgasse (SUE: Nause) Ablehnung/Annahme als Postulat/ Prüfungsbericht	11.000171
5. Kleine Anfrage Michael Köppli (GLP): Stromverbrauch der öffentlichen Weihnachtsbeleuchtung in der Stadt Bern (SUE: Nause)	11.000337
6. Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Missachtung des Stadtratsbeschlusses vom 19. August 2010 zur Dringlichen Motion Fraktion FDP – Neugestaltung Abgang Neuengass-Unterführung (FPI: Hayoz) verschoben vom 17. November und 1. Dezember 2011	11.000296
7. Motion Fraktion FDP (Mario Imhof, FDP) vom 6. Mai 2010: Neugestaltung Abgang Neuengass-Unterführung; Begründungsbericht (FPI: Hayoz) verschoben vom 17. November und 1. Dezember 2011	10.000144
8. Dringliche Interpellation Fraktion SVPplus (Rudolf Friedli, SVP): Wurde Herr K. das Unterschlagen (zu) leicht gemacht – wie gross ist der Schaden für die Stadt Bern? (FPI: Hayoz)	11.000336
9. Motion Martin Schneider (BDP): Solarzellen auf städtische Dächer! (FPI: Hayoz) Ablehnung / Annahme als Postulat verschoben vom 3. und 17. November sowie 1. Dezember 2011	11.000141
10. Interpellation Fraktion GB/JA! (Monika Hächler/Stéphanie Penher, GB): Aula statt Spielplatz. Wie wurde die Länggassbevölkerung in das Projekt einbezogen? (FPI: Hayoz) verschoben vom 3. und 17. November sowie 1. Dezember 2011	11.000177
11. Interpellation Robert Meyer (SD): Gefährden Umbaupläne die Zukunft des beliebten Freibads „Weyerli“ in seinem einzigartigen Charakter? (FPI: Hayoz) verschoben vom 3. und 17. November sowie 1. Dezember 2011	11.000205
12. Kleine Anfrage Luzius Theiler (GPB-DA): Ist es im Sinne der Umwelt, Jugendliche zu Flugreisen zu animieren? (TVS: Rytz)	11.000338

13. Motion Fraktion BDP/CVP (Edith Leibundgut, CVP/Vinzenz Bartlome, BDP): Fortsetzung der Fuss- und Radwegverbindung Chäs und Brot Oberbottigen – Riedbach (TVS: Rytz) Ablehnung	11.000172
14. Postulat Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Zufahrt für Gehbehinderte in die obere Altstadt (SUE: Nause) Ablehnung verschoben vom 1. Dezember 2011	11.000146
15. Postulat Fraktion GB/JA! (Lea Bill/Rahel Ruch, JA!): „My Bag Is Not Plastic“ – Die Stadt Bern als plastiksackfreie Zone (SUE: Nause) Ablehnung verschoben vom 1. Dezember 2011	11.000145
16. Postulat Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer/Susanne Elsener, GFL): Neue Energien für Bern: Ein „Fussgänger/innen“-Versuchs-Kraftwerk für Bern! Fussgängerzonen können zu echten Quellen sauberer Energie wer- den (SUE: Nause) Ablehnung, verschoben vom 1. Dezember 2011	11.000157
17. Interpellation Henri-Charles Beuchat (CVP): Anti-AKW-Kundgebung anstelle von Schulunterricht – Gegen den pädagogischen Aufruf zum zivilen Unge- horsam (SUE: Nause) verschoben vom 1. Dezember 2011	11.000191
18. Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Die städtische Verwal- tung ist keine Werbefläche für die Privatwirtschaft (SUE: Nause) verschoben vom 1. Dezember 2011	11.000192

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 22	1219
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr.....	1222
Mitteilung der Präsidentin	1223
1 Wahl in Schulkommission (Schulkommission Bümpliz).....	1225
2 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 18 vom 20. Oktober 2011 und Nr. 19 vom 3. November 2011)	1225
3 Investitionsvorhaben KWO plus: Teilprojekt „Aufwertung Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1“ der Kraftwerke Oberhasli AG; Ermächtigung Energie Wasser Bern, ewb (Abstimmungsbotschaft)	1225
4 Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP): Staumauer am Grimsel: Ein politischer Weg aus der Sackgasse	1232
5 Kleine Anfrage Michael Köppli (GLP): Stromverbrauch der öffentlichen Weihnachtsbeleuchtung in der Stadt Bern	1240
6 Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Missachtung des Stadtratsbeschlusses vom 19. August 2010 zur Dringlichen Motion Fraktion FDP – Neugestaltung Abgang Neuengass-Unterführung.....	1241
7 Motion Fraktion FDP (Mario Imhof, FDP) vom 6. Mai 2010: Neugestaltung Abgang Neuengass-Unterführung; Begründungsbericht	1241
10 Interpellation Fraktion GB/JA! (Monika Hächler/Stéphanie Penher; GB): Aula statt Spielplatz. Wie wurde die Länggassbevölkerung in das Projekt einbezogen?	1243
12 Kleine Anfrage Luzius Theiler (GPB-DA): Ist es im Sinne der Umwelt, Jugendliche zu Flugreisen zu animieren?	1244
14 Postulat Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Zufahrt für Gehbehinderte in die obere Altstadt.....	1245
17 Interpellation Henri-Charles Beuchat (CVP): Anti-AKW-Kundgebung anstelle von Schulunterricht – Gegen den pädagogischen Aufruf zum zivilen Ungehorsam	1245

18 Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Die städtische Verwaltung ist keine Werbefläche für die Privatwirtschaft.....	1246
Mitteilung der Präsidentin.....	1246
Eingänge.....	1247

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsidentin Vania Kohli

Anwesend

Peter Ammann
Cristina Anliker-Mansour
Rania Bahnan Buechi
Vinzenz Bartlome
Giovanna Battagliero
Henri-Charles Beuchat
Lea Bill
Manfred Blaser
Rithy Chheng
Bernhard Eicher
Susanne Elsener
Tania Espinoza
Alexander Feuz
Regula Fischer
Urs Frieden
Rudolf Friedli
Jacqueline Gafner Wasem
Judith Gasser
Simon Glauser
Thomas Göttin
Claude Grosjean
Guglielmo Grossi
Beat Gubser

Monika Hächler
Kurt Hirsbrunner
Jimmy Hofer
Mario Imhof
Daniel Imthurn
Ueli Jaisli
Roland Jakob
Ruedi Keller
Daniel Klauser
Michael Köppli
Peter Künzler
Lea Kusano
Prisca Lanfranchi
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniela Lutz-Beck
Martin Mäder
Ursula Marti
Robert Meyer
Christine Michel
Patrizia Mordini
Halua Pinto de Magalhães
Judith Renner-Bach

Pascal Rub
Rahel Ruch
Kurt Rüeegsegger
Hasim Sancar
Alexandre Schmidt
Martin Schneider
Silvia Schoch-Meyer
Miriam Schwarz
Yves Seydoux
Hasim Sönmez
Matthias Stürmer
Luzius Theiler
Martin Trachsel
Aline Trede
Gisela Vollmer
Nicola von Greyerz
Tanja Walliser
Peter Wasserfallen
Jürg Weder
Manuel C. Widmer
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist

Entschuldigt

Sonja Bietenhard
Dolores Dana
Leyla Gül
Lukas Gutzwiller

Stefan Jordi
Dannie Jost
Corinne Mathieu

Eveline Neeracher
Stéphanie Penher
Béatrice Wertli

Vertretung Gemeinderat

Barbara Hayoz FPI
Reto Nause SUE

Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär
Barbara Waelti, Protokoll

Nik Schnyder, Ratsweibel
Margrit Bigler, Sekretariat

Stadtkanzlei

Christa Hostettler, Vizestadt-
schreiberin

Mitteilung der Präsidentin

Die Vorsitzende *Vania Kohli*: Ich heisse Sie willkommen zur letzten Sitzung dieses Jahres. Die Anzahl zur Traktandierung bereiter Vorstösse beträgt nach heutigem Stand achtzehn. Wer mich kennt, weiss, dass ich Zahlen liebe, deshalb werde ich Ihnen zum Abschluss meines Präsidialjahres einige interessante Eckwerte präsentieren: Das neue Geschäftsreglement des Stadtrats ist seit diesem Jahr in Kraft. Die Anzahl der Einzelsitzungen hat sich gegenüber dem letzten Jahr von 64 auf 44 verringert, was rund 31 Prozent ausmacht. 2010 betrug die Sitzungszeit insgesamt 123 Stunden und 15 Minuten, während es im Jahr 2011 noch 90 Stunden und 15 Minuten waren. Gegenüber dem Vorjahr beanspruchten wir also rund 27 Prozent weniger Sitzungszeit. Logischerweise müsste die Zahl der behandelten Geschäfte auch um 27 Prozent geringer ausfallen, was aber nicht der Fall ist. Im letzten Jahr wurden 539 Geschäfte behandelt, während es im laufenden Jahr 438 waren. Es ist also eine Abnahme von 19 Prozent erkennbar. Dies bedeutet, dass der Stadtrat effizienter gearbeitet hat, wahrscheinlich indem Sie sich auf das Wesentliche konzentrierten. – Wäre der Ablauf der Behandlungen linear proportional verlaufen, wären im laufenden Jahr nämlich nur 393 Geschäfte behandelt worden. Von den 2011 behandelten 438 Geschäften beinhalteten 263 Vorstösse, während letztes Jahr 316 Geschäfte Vorstösse beinhalteten. Der diesjährige Stadtrat behandelte die Vorstösse sehr effizient, indem er nur 17 Prozent weniger Vorstösse innerhalb einer um 31 Prozent reduzierten Zeitdauer erledigte. Ich gratuliere Ihnen zu diesem Resultat.

Zur Statistik der Vorstösse: Gegenüber 2010 reichte der Stadtrat 2011 rund 50 Prozent mehr Motionen, 50 Prozent weniger Postulate und zehn Prozent weniger Interpellationen ein. Die Mitglieder des Stadtrates haben produktiv gearbeitet: Während 2010 insgesamt 245 Vorstösse eingereicht wurden, waren es im laufenden Jahr bereits 256 Vorstösse, das sind zusammen mit der heutigen Sitzung etwa fünf Prozent mehr. Gegenüber meinem Vorgänger wurde ich in diesem Jahr politisch zwei Drittel Mal weniger beansprucht: Während er drei Stichentscheide fällen musste, geschah dies in meiner Präsidialzeit nur einmal.

Ich schliesse meine kurze Weihnachtsgeschichte mit Dankesworten: Ich danke der Vizepräsidentin Ursula Marti für die wertvolle Unterstützung und ich danke dem Büro für die gute Zusammenarbeit. Ich danke Daniel Weber und dem ganzen Team für die geleistete Arbeit, ohne Sie wäre ein geordneter Ratsbetrieb nicht möglich. Ebenfalls danke ich den Protokollführerinnen und Protokollführern, der Dame am Telefon, dem unermüdlichen Team der Damen an der Garderobe und allen Mitgliedern des Stadtrates. Ich musste die Schiedsrichterpfeife nie einsetzen; auch blieb die rote Karte unangetastet, während ich die gelbe Karte politisch ausgegogen je einmal Richtung Links und Rechts zeigen musste.

Leider gibt es folgendes Rücktrittsschreiben von Yves Seydoux (FDP) zu verlesen: „Nach Absprache mit meiner Partei habe ich mich entschlossen, auf die heutige letzte Jahressitzung zurückzutreten. Aus beruflichen Gründen ist es mir nicht mehr möglich, mich in angemessener Weise für mein Mandat zu engagieren. Demzufolge ist es loyaler und weiser, einer neuen Kraft Platz zu machen, einer Kraft, die sich wie Sie alle mit hohem Einsatz für die Belange unserer Stadt stark machen kann und wird.“

Ich möchte es hier aber nicht unterlassen, Ihnen für die angenehme und freundliche Zusammenarbeit zu danken. Ich wäre noch so gern Stadtrat geblieben, aber meine berufliche Tätigkeit bleibt vorrangig. Da diese mich zu ziemlich aufwändigen Pendlerreisen zwingt, ist es besser, ich stelle mein Mandat zur Verfügung. Die zwei Mal zwei Jahre, die ich inmitten des Stadtrates verbrachte – ich rutschte ja zweimal nach, daher könnten witzige Zungen mich als Scheibenwischer-Politiker bezeichnen – gewährten mir Einsicht in die politischen Zwänge und

Geschäfte einer Grossstadt – für schweizerische Verhältnisse. Da gab es einige interessante Momente, zeitweise aber auch Palaver und Leerlauf. Ich denke an die unzähligen Vorstösse, die für die Verwaltung mit grossem Aufwand verbunden sind und deren Antworten schon zum Voraus bekannt und klar sind. Als langjähriger Bewohner unserer Stadt – obschon hundertprozentiger Romand, bin ich in Bern aufgewachsen – beschäftigt mich, was unsere Stadt angeht, eines: Dass sie trotz ihrer beneidenswerten zentralen Lage in der Schweiz immer noch als träge Verwaltungsstadt angeschaut wird, fern zum Beispiel von einer Dynamik, wie man sie im Arc Lémanique erleben kann. Eine gewisse Wirtschaftsfeindlichkeit in Bern kann nicht bestritten werden, auch wenn man immer das Gegenteil behauptet. Seitens der Wirtschaft darf man aber auch festhalten, insbesondere was die Verbände angeht, dass diese in den letzten zwanzig Jahren, sei es national oder regional, an Ausstrahlung viel eingebüsst haben. – Vielleicht, weil sie nicht mehr fähig sind, im geeigneten Zeitpunkt an ihren Grundsatzpositionen im Sinne des Allgemeinwohls einige Abstriche hinzunehmen und für die mit Unterstützung der Politik ausgearbeitete Lösung vor der Bevölkerung gerade zu stehen. Diesen Vorwurf kann man übrigens auch an die Gewerkschaften richten. Dieser Besitzstand-Konservatismus ist auch eine der treibenden Kräfte hinter der Polarisierung, die wir gegenwärtig erleben. Trotz allem sind die Schweiz und unsere Stadt Bern im Vergleich zu vielen anderen Orten auf der Welt in einer beneidenswerten Situation. Wir haben es immer noch in unseren Händen und sind nicht, wie andere nicht weit von uns, auf externe Organisationen oder Länder angewiesen, um eine Kurskorrektur vorzunehmen. Nichts ist aber für die Ewigkeit geschenkt und eine bessere Zukunft findet sich nun einmal nicht im Rückspiegel. Geschätzte Ratspräsidentin, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, ich bedanke mich für die schöne und interessante Zeit, die ich unter Ihnen verbringen durfte. Für die absehbare Zukunft wünsche ich Ihnen und unserer Stadt viel Spass und Erfolg. Mein Dank geht auch an alle Mitarbeitenden unserer Stadtverwaltung, die Jahr für Jahr mit viel Engagement und grosser Kompetenz die Belange unserer Bevölkerung und die nicht immer kohärenten Entscheide der Politik wahrnehmen und umsetzen müssen.“

Wir wünschen Yves Seydoux für die Zukunft alles Gute. Wir halten ihn mit seinem ruhigen und überlegten Stil als Stadtrat in guter Erinnerung und werden den Charme der Romandie, den er hier verkörpert hat, sicherlich vermissen. Wir erwarten gespannt, wen die FDP als Nachfolgerin oder Nachfolger präsentieren wird.

Applaus.

Als neues Stadtratsmitglied ist Jürg Weder (GLP) zu begrüssen. Er ist pensionierter Doktor phil. II, Mathematiker. Er wohnt seit Jahren im Länggassquartier und beteiligt sich seit Jahren aktiv im Länggass-Leist. Er ist Hundebesitzer und verbringt seine Freizeit gerne im Oberland. Ich heisse Jürg Weder herzlich willkommen.

Applaus.

Als sehr erfreuliche Neuigkeit gebe ich die Geburt von Leo Dimitri bekannt, dem Sohn von Leyla Gül.

Applaus.

Weiter teile ich mit, dass Bernhard Eicher netterweise einen Besuch des Stadtrates im Kunstmuseum organisiert hat, der am 20. März 2012 von 17.30 bis 20.00 Uhr stattfinden wird. An der Teilnahme Interessierte tragen sich bitte in die Anmelde-Liste ein.

1 Wahl in Schulkommission (Schulkommission Bümpliz)

Geschäftsnummer 11.000015 / 11/315

Gemeinderatsantrag

Herr Roger Kipfer ist auf den 31. Juli 2011 als Mitglied der Schulkommission Bümpliz zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Bümpliz wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. bis 31. Juli 2013 gewählt:

Frau Esther Peyer (Eltern), 1972, Oberbottigenrain 38, 3019 Bern
Bern, 16. November 2011

Beschluss

Der Stadtrat wählt Esther Peyer, 1972, Oberbottigenrain 38, 3019 Bern, einstimmig und ab sofort für den Rest der Amtsdauer bis 31. Juli 2013 als Elternvertreterin in die Schulkommission Bümpliz.

2 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 18 vom 20. Oktober 2011 und Nr. 19 vom 3. November 2011)

Der Stadtrat genehmigt die Protokolle Nr. 18 vom 20. Oktober 2011 und Nr. 19 vom 3. November 2011.

3 Investitionsvorhaben KWO plus: Teilprojekt „Aufwertung Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1“ der Kraftwerke Oberhasli AG; Ermächtigung Energie Wasser Bern, ewb (Abstimmungsbotschaft)

Geschäftsnummer 11.000326 / 11/316

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat betreffend Investitionsvorhaben KWO plus: Teilprojekt „Aufwertung Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1“ der Kraftwerke Oberhasli AG; Ermächtigung Energie Wasser Bern, ewb.
2. Er empfiehlt den Stimmberechtigten mit ... Ja- zu ... Nein-Stimmen bei ... Enthaltungen, die zuständigen Organe von ewb zu ermächtigen, die Zustimmung zur Realisierung des Projekts zur Aufwertung der Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1 gemäss Beteiligungsvertrag der KWO zu erteilen und die nötigen Beschlüsse zu treffen, um die Beteiligung von ewb sicherzustellen.
3. Er genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.
Bern, 9. November 2011

Anträge der Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) zur Abstimmungsbotschaft

Antrag 1: Ergänzungsantrag

Die Abstimmungsbotschaft soll mit einem Glossar für die Erklärung der wichtigsten bzw. der technischen Ausdrücke ergänzt werden.

Antrag 2: Ergänzungsantrag

Die auf Seite 4/5 der Abstimmungsbotschaft enthaltene Grafik soll in deutlich besserer Qualität, d.h. scharf, farbig, und gut lesbar dargestellt werden.

Antrag 3: Ergänzungsantrag

S. 6, dritter Abschnitt „Vermehrt erneuerbare Energien“, letzter Satz: „Damit die Versorgungssicherheit gewährleistet ist und der geplante Atomausstieg erreicht werden kann, bedarf es gemäss ewb eines jährlichen Zubaus von durchschnittlich 11 Gigawattstunden Strom aus erneuerbaren Energien“. **Es soll der Beitrag des vorliegenden Teilprojekts Handeck 2 und Innertkirchen 1 am Gesamtautomausstieg-Umbau bis in Jahr 2039 prozentual ausgewiesen werden.**

Antrag 4: Streichungs- und Ergänzungsantrag

S. 7, dritter Abschnitt „Investition mit wirtschaftlichem Nutzen“, letzter Satz soll wie folgt geändert werden: „Die Wirtschaftlichkeitsanalysen zeigen, dass sich die Investitionskosten durch die erwarteten Zusatzerträge aus der technisch und Energie **mehr als** decken lassen.“

Antrag 5: Änderungsantrag

S. 9: Das Layout soll in Einheit mit der übrigen Abstimmungsbotschaft abgefasst werden (zwei Spalten) und es soll klar unterschieden bzw. ausgedehnt werden, über was jetzt bzw. über was später abgestimmt wird. Das Layout soll entsprechend angepasst werden.

FSU-Referent *Alexandre Schmidt* (FDP): Heute eröffnet der Stadtrat eine Trilogie; wir beschäftigen uns mit einem politischen Werk in drei Teilen, die zwar in einen gemeinsamen Rahmen passen, gleichzeitig jedoch selbständig und je in sich geschlossen sind. Jeder der drei Teile erfährt seinen Höhepunkt mit einer eigenen Volksabstimmung, wobei die Hürden jedes Mal höher sind und daher schwieriger zu überwinden sein werden. Die Kraftwerke Oberhasli AG (KWO) bildet eine Art Klammer um die Trilogie. Sie wurde 1925 gegründet und beschäftigt über 500 Mitarbeitende. Sie befinden sich zur Hälfte im Besitz der BKW, die restlichen Anteile gehören je zu einem Sechstel den Elektrizitätswerken der Städte Basel, Bern und Zürich. Unsere Stadt entsendet zwei Vertreter in den Verwaltungsrat, nämlich den Gemeinderat *Reto Nause* und *André Moro*, den stellvertretenden CEO von ewb.

Die KWO betreibt neun Wasserkraftanlagen an Susten und Grimsel. Diese Gegend ist geografisch, geologisch und meteorologisch für die Nutzung der Wasserkraft prädestiniert. Weil heute nur ein Teil des vorhandenen Volumens genutzt wird, existieren seit Jahrzehnten Projekte und Studien für einen Ausbau. In den Achtzigerjahren erlangte das Grossprojekt „Grimsel-West“ Bekanntheit. Auch das Projekt einer Erhöhung der bestehenden Staumauer sorgte in den letzten Jahren wiederholt für Schlagzeilen. Man hat aus den vergangenen Studien die Lehren gezogen und versucht nun den Neustart mittels einer Trilogie. Das Gesamtprojekt trägt den Namen „KWO plus“. Es geht um drei voneinander unabhängige Projekte mit einem Investitionsvolumen von 1,2 Milliarden Franken. Dazu sind je dreimal die Zustimmungen aus den Kantonen Bern und Basel und den Städten Bern und Zürich erforderlich. Bei uns liegt das letzte Wort bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, was mit dem Artikel 28 des ewb-Reglements zusammenhängt. Dieser Mühleberg-Grimsel-Artikel wurde seinerzeit bewusst eingeführt, um die städtische Beteiligung automatisch vor das Stimmvolk zu bringen. Dabei geht es nicht um die einzelnen Projekte an sich, sondern um die Ermächtigung an die ewb, sich an diesen Projekten zu beteiligen. – Oder anders ausgedrückt: Wenn der Stadtrat die Ermächtigungen nicht erteilt, könnten die drei Projekte dennoch realisiert werden, unter Wegfall eines Beitrages seitens von ewb.

Der umständliche Titel des Projektes, über das wir heute befinden, lautet: „Aufwertung Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1“, in abgekürzter Form „Projekt Tandem“, weil es um zwei von neun Anlagen geht. Damit werden die drei folgenden Ziele angestrebt: 1. Die Sanierung der sechzig Jahre alten Anlagen. 2. Eine Erhöhung der Jahresproduktion dieser Anlagen

um beachtliche sechzig Prozent. 3. Der Bau eines Beruhigungsbeckens im Tal, durch das die Wasserrückgabe gesteuert und die Auswirkungen auf den Flusspegel minimiert werden können. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 305 Mio. Franken, die Betriebskosten betragen rund 11 Mio. Franken.

Die FSU hat das Projekt behandelt und eine politische Bewertung vorgenommen. Uns hat das Vorhaben aus folgenden Gründen überzeugt: Zunächst, weil die Investition sich rechnet. Die Wirtschaftlichkeitsanalysen gehen von einer angemessenen Projektrendite über die gesamte Laufzeit aus. Damit diese Aussage in der Abstimmungsbotschaft deutlich wird, stellt die FSU den Antrag 4. Zweitens sind wir überzeugt, dass das Geschäft in die laufende geopolitische Entwicklung passt, in der sich die Alpen zu einer Batterie für die Speicherung von Windenergie von der Nordsee sowie von Sonnenenergie aus Spanien entwickeln. Drittens weist das Projekt als Baustein zum Atomausstieg energiepolitisch in die richtige Richtung. Mit KWO plus wird der Anteil an erneuerbarer Energie innerhalb der Gesamtproduktion von ewb ausgebaut. Welche Bedeutung dem Tandemprojekt in der Produktionsstrategie von ewb genau zukommt, will die FSU in der Abstimmungsbotschaft explizit erwähnt wissen, deshalb legen wir Antrag 3 vor. Es steht fest, dass mittels des Tandemprojekts erst ein kleiner Schritt des gesamten Vorhabens getan wird. Ausserdem begrüsst die FSU den Verbleib der ganzen Wertschöpfung in der Schweiz, wodurch Arbeitsplätze geschaffen werden. Schliesslich zeigt sich die FSU von den ökologischen Begleitmassnahmen beeindruckt: Das Beruhigungsbecken mit der verbesserten Restwasserrückgabe als Herzstück von flankierenden Massnahmen wertet die gesamte Wasserkraftanlage auf.

Zu den Anträgen der Kommission: Die FSU empfiehlt einstimmig, den drei Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen. Die Kommission reicht fünf Anträge ein, wobei die Anträge 2 und 5 formeller Art sind und bei der Neufassung der Abstimmungsbotschaft umgesetzt wurden; die Zustimmung sollte aber der Ordnung halber noch erfolgen. Die Anträge 1, 3 und 4 werden nur unter der Voraussetzung einer Zustimmung durch den Stadtrat umgesetzt. Die heute bereinigte Vorlage kann am 11. März 2012 dem Stimmvolk unterbreitet werden. Ich weise darauf hin, dass die Abstimmungsbotschaft zum ersten Mal in der angekündigten neuen Form vorliegt. Die FSU ist vom dem Konzept, der Schlichtheit und Leserfreundlichkeit überzeugt und gratuliert den kreativen Machern. Das übliche nüchterne Deckblatt wird gemäss bisherigem Modus noch hinzugefügt. Die Abbildung mit der Wahlurne zeigt das Leitmotiv, das bei den kommenden Abstimmungen benutzt werden wird. Das Konzept sieht eine durch Bern wandernde Urne vor. Das neue Format der Abstimmungsbotschaften lässt Erweiterungen zu, beispielsweise mit Glossar und Plänen. Die FSU ist der Meinung, beim vorliegenden Abstimmungsgeschäft sei ein Glossar angemessen und reicht daher Antrag 1 ein.

Für die FDP-Fraktion: Wir werden nicht nur der ersten Etappe von KWO plus zustimmen. Wir sind bereit, auch die zweite Etappe in Form eines neuen Pumpwerkes und die dritte Etappe, also die Vergrösserung des Grimselsees, zu unterstützen. In Absprache mit unseren Fraktionskolleginnen und -kollegen aus Zürich und Basel bildeten wir einen Zusammenschluss, mit dem Ziel der Realisierung aller drei Vorhaben. Es braucht die Zustimmung der verschiedenen Städte und Kantone. Für die Zukunft unserer Energiepolitik reicht es niemals aus, wenn wir uns sozusagen zum Volk von Abdichtern und Wärmedämmer entwickeln. Die neuen Herausforderungen sind immens, weshalb es neue Quellen der Energieproduktion braucht. Nur die drei Projekte als Ganzes garantieren die optimale Nutzung der Wasserkraft im Grimselgebiet. Eine Mehrproduktion ist für die städtische Energieversorgung unabdingbar und bietet Gewähr für kostengünstige Elektrizität bei hoher Versorgungssicherheit, zwei wichtigen Pfeilern der städtischen Standortpolitik. Das Projekt Tandem bildet eine der Voraussetzungen einer auf erneuerbare Energien setzenden Politik. Dagegen würde bei einer Verweigerung der Beteiligung die Produktionsstrategie von ewb im Sterben liegen. Wir würden den Wert von ewb

empfindlich schmälern. Denn ein Nein hätte zur Folge, dass der Anteil von ewb an den KWO sinken würde, was einen herben Verlust bedeutete. Wir stimmen dem Geschäft zu.

Fraktionserklärungen

Halua Pinto de Magalhães (JUSO) für die Fraktion SP/JUSO: Ich äussere mich nur zum ersten Teil des gesamten Projektes KWO plus. Unsere Fraktion will ewb die Ermächtigung gerne erteilen. Wasserkraft stellt bereits heute einen wichtigen Bestandteil des Energie-Portfolios von ewb dar. Mit dem beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie wird neben den zunehmenden Anteilen an Wind- und Solarstrom auch die Wasserkraft mehr ins Gewicht fallen. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die notwendige Flexibilität zu wahren, müssen wir dem Aus- und Umbau zustimmen. Das erste Teilprojekt sieht die Optimierung der beiden Kraftwerke vor, wodurch aufgrund des erzielten höheren Wirkungsgrades eine Effizienzsteigerung generiert wird. Dies bedeutet auch einen ökologischen Aspekt in Form eines bedachten Umgangs mit der Ressource Wasserkraft. In diesem Sinne begrüssen wir, dass mit diesem Projekt nicht die maximale Ausschöpfung angestrebt wird, sondern ein sinnvoller Kompromiss zwischen Nutzung und Gewässerschutz zustande kam, indem Umweltverbände, Gemeinden und Politik einbezogen wurden. Es wurden umfassende gewässerökologische Untersuchungen durchgeführt, die schliesslich zu den zwecks Verminderung der Einflüsse auf die Umwelt notwendigen flankierenden Massnahmen führten. Beim Tandemprojekt empfiehlt unsere Fraktion, ewb die Zustimmung zur Ermächtigung zu erteilen und stimmt den Anträgen der FSU zu.

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Dieses Geschäft bietet ausschliesslich Vorteile, Nachteile gibt es nicht. In dieser Situation ist eigentlich nicht mehr viel zu sagen. Ich werde die einzelnen Vorteile detailliert erörtern, wenn sich wider Erwarten doch noch Gegner des Projektes im Saal befinden sollten, die dagegen votieren. In der Kommission FSU wurde nicht über das Teilprojekt an sich diskutiert, das alle Beteiligten für gut befanden. Wir diskutierten darüber, wie die Ziffer 2 des Beschlusses zu verstehen sei. Die Realisierung des Projekts blieb unbestritten. Eine solche Einhelligkeit von Links bis Rechts habe ich bisher weder in der Kommission noch im Stadtrat erlebt, besonders in Zusammenhang mit einem derart bedeutenden Geschäft für die Stadt Bern. Das Geschäft ist bedeutend, weil es einen Beitrag zum Atomausstiegs-Szenario leistet, indem es hilft, Atomstrom zu ersetzen. Die SVP ist nicht vorbehaltlos für den Atomstrom. Falls realistische Alternativen zum Atomstrom bestehen, räumen wir diesen den Vorrang ein. Die SVP-Fraktion steht hinter dem Teilprojekt und äussert Zustimmung. Ebenso stimmen wir allen die Botschaft an die Stimmberechtigten betreffenden Anträgen der FSU zu.

Peter Künzler (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Unsere Fraktion erachtet das Gesamtvorhaben als einen wichtigen Schritt in Hinblick auf einen Ausstieg aus der Atomenergie. Wir stimmen heute über das erste Projekt eines Investitionspaketes ab, welches drei Projekte beinhaltet. Zentral dabei ist, dass eine Zustimmung zum ersten Projekt nicht die Zustimmung zu den anderen Projekten im Gesamtpaket erzwingt. Dennoch stellt der Gemeinderat im Sinne der Transparenz das gesamte Paket vor. Wir unterstützen dieses unumstrittene Projekt. Besonders begrüssen wir den Bau eines Beruhigungsbeckens, durch das eine wesentliche Verbesserung betreffend der starken Wasserschwankungen und Schwallbildungen bei der Anpassung des Kraftwerkes an wechselnde Belastungen durch den wechselnden Stromverbrauch erreicht wird. Wir unterstützen alle Anträge der Kommission und stimmen diesem Geschäft zu.

Judith Gasser (GB) für die Fraktion GB/JA!: Das tolle Projekt wird von allen Seiten gelobt, wir schliessen uns dieser Meinung an. Ich werde ein paar Worte zur Rolle der Grünen und der Umweltverbände äussern: Es geht hier um eine lange Geschichte, die auch zur Umbenennung des Projektes zu „KWO plus“ führte. Nachdem das Projekt „Grimsel-West“ versenkt worden war, verdankte die KWO den Beitrag der Umweltverbände am Scheitern des Grimsel-West-Projektes, bei dem es sich um eine grandiose Fehlinvestition gehandelt hätte. Dieses Argument halte ich den wiederholten Unterstellungen entgegen, wir seien gegen KWO plus. Die Grünen und die Umweltverbände haben zum Zustandekommen dieses guten Projektes beigetragen. Zwei von insgesamt drei Teilprojekten erscheinen mehrheitlich unbestritten, weil nunmehr die Umwelt von Anfang an in die Überlegungen miteinbezogen wird. Während des Baus sind verschiedene Projekte vorgesehen, es wird bleibende Verbesserungen geben, wie zum Beispiel das Beruhigungsbecken Innertkirchen. Inzwischen kann die KWO sich rühmen, wie grün und umsichtig sie sich gegenüber der Umwelt zeigt. Wir begrüssen es, wenn sich die KWO ein gutes Image verschaffen kann, zumal sie es mit diesem guten Projekt verdient. Wir stehen ohne Vorbehalte und Einwände hinter diesem Teilprojekt. Wir finden die Beteiligung von ewb gut, damit dieser Strom zukünftig in der Stadt Bern verkauft werden kann. Wir wollen keine sinnvollen Projekte verhindern – über das umstrittene Teilprojekt mit der Staumauer werden wir anschliessend diskutieren. Wie unsere Wählerinnen und Wähler und Sympathisierenden hegen wir keine generellen Abwehrreflexe gegenüber KWO plus und sind zuversichtlich, dass dem Geschäft zugestimmt wird. Wir stimmen den Anträgen des Gemeinderates zu und unterstützen die Anträge der FSU.

Kurt Hirsbrunner (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Vor ungefähr einem Jahr stimmte die Stimmbevölkerung der Stadt Bern einem Atomausstieg per 2039 zu. Dies bedeutet, dass ewb jährlich erneuerbare Energie für elf Gigawattstunden zusätzlich erwerben oder bereitstellen muss. Was die Produktion erneuerbarer Energien betrifft, stecken wir in einem Dilemma: Das Potenzial für den Bau neuer Wasserkraftwerke fehlt, während die stark geförderte Photovoltaik oder Windkraft zwar Energie liefern, aber in unregelmässigen Mengen. Damit dieses Problem behoben werden kann, hat die KWO drei Teilprojekte lanciert. Die Stadt Bern wird im März 2012 über eine Beteiligung von ewb am ersten und unbestrittensten Teilprojekt entscheiden, nämlich dem Investitionsprojekt zur Aufwertung der Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1, wodurch die Energiegewinnung um siebzig Gigawattstunden pro Jahr erhöht werden kann. Die Finanzierung erfolgt über den Finanzmarkt. Das Investitionsvorhaben bedeutet einzig, dass sich ewb zu einem Sechstel an den erhöhten Jahreskosten für den Betrieb beteiligen muss, dafür aber an der Energiegewinnung teilhaben darf. – Das eine ist ohne das andere nicht zu bekommen. Ein Sechstel dieser zusätzlich gewinnbaren Energie macht ungefähr eine der Jahrestanchen aus, die wir für den Ausstieg aus der Atomenergie 2039 benötigen. Es handelt sich um eine gute Sache, besonders wenn man bedenkt, dass gleichzeitig eine Verbesserung im Bereich der Ökologie geschieht. Die Verstetigung der Abflüsse unterstützt das Ökosystem der Aare, die verbesserte Wasserqualität im Gadmental hilft den gefährdeten Seeforellen, Renaturierungen und eine ökologische Deponie unterstützen das gesamte Ökosystem in der Region Obere Aare. Unsere Fraktion hat sich für den Atomausstieg 2039 ausgesprochen, folgerichtigerweise unterstützen wir das vorliegende Vorhaben. Den Kommissionanträgen stimmen wir ebenfalls zu.

Michael Köppli (GLP) für die GLP-Fraktion: Es herrscht eine grosse Einigkeit, wir schliessen uns an. Die GLP des Kantons und der Stadt Bern unterstützt sämtliche Teilprojekte KWO plus; die ersten zwei vorbehaltlos, das dritte mit gewissen Vorbehalten und unter gewissen Bedingungen, die ich bei der anschliessenden Diskussion erörtern werde. Das Projekt Tandem finden wir gut. Es ist wichtig, dass ewb nicht nur A sondern auch B sagt, und sich beeilt,

alternative Energiequellen zum Atomstrom zu erschliessen, wie wir letztes Jahr beschlossen haben. Wir unterstützen dieses Geschäft.

Einzelvotum

Peter Wasserfallen (parteilos): Seit gestern wird auch aus dem Bundesparlament bestätigt, dass man den Atomausstieg will. Wer den Atomausstieg unterstützt, darf sich eigentlich gegen kein Projekt stellen, das nicht-atomare Energie liefert; es sei denn, man verordnet den Leuten, ihre Laptops abzustellen und nicht mehr auszugehen, bis schliesslich die Kurse und die Wirtschaft einbrechen würden. Demnach müssen die drei Teilprojekte von KWO plus alle unterstützt werden. Einsprachen wurden dagegen keine eingereicht, obwohl Äschen ihr Leben lassen und Arven draufgehen. Wer A sagt, muss auch B sagen oder aber das Licht löschen. Wer Atomausstieg sagt, muss dem Ausbau im nicht-atomaren Bereich zustimmen. Wenn in Mühleberg ein Gaskombikraftwerk geplant wird, muss es ebenfalls umgesetzt werden, zumal die Stromleitungen bereits vorhanden sind. Ich bin ein Gegner des Atomausstiegs und unterstütze einen gesunden Mix von Energien. Die Forderung nach einem Atomausstieg bedeutet in der Konsequenz, dass man die Kernkraftwerke, von denen man glaubt, sie seien nicht sicher, schon morgen abschalten müsste. Dann würde aber sogleich eine Stromlücke von vierzig Prozent klaffen und grosse Industrieunternehmen wie Carbagas oder Stahl Gerlafingen gingen bereits per Ende des Jahres Konkurs. Sie müssen die KWO-Vorlage der Bevölkerung nicht nur verkaufen, sondern sozusagen aufzwingen, weil Sie diesen kleinen Mosaikstein in der bernischen Energiepolitik unbedingt brauchen. Die Wasserkraft wird aktuell zu 95 Prozent ausgeschöpft, nur fünf zusätzliche Prozent sind noch möglich. Wollen wir die Atomkraftwerke ersetzen, müssen wir über 4000 Windräder bauen oder für x Millionen Franken Solarzellen installieren. Wenn der Atomausstieg in zwanzig Jahren kommt, werden auch keine Kerntechnologen und Atomkraftwerkbetreiber mehr vorhanden sein. Heute beginnt niemand mehr an der ETH ein Studium in Kerntechnologie und atomaren Wissenschaften, weil bekannt ist, dass weder in der Schweiz noch in Deutschland ein Arbeitsmarkt vorhanden sein wird. Seltsamerweise beabsichtigen Tschechien, Frankreich und sogar Japan nicht, aus der Atomenergie auszusteigen. Offenbar handelt es sich um einen Plan, den Angela Merkel wie auch Doris Leuthard und Eveline Widmer-Schlumpf beschlossen haben. Diese Allianz soll nun offenbar bis zum bitteren Ende durchgezogen werden. Wenn wir die alternativen Projekte in der Energiepolitik scheitern lassen, kommen wir eines Tages an den Punkt, wo wir beim französischen Atomkonzern Areva anrufen müssen, um zwei betriebsfertige Atomkraftwerke samt Betriebspersonal zu bestellen – koste es was es wolle, wir sprechen von Beträgen in der Grössenordnung von 20 bis 50 Milliarden Franken. Um konsequent zu handeln, müssen wir ab sofort jeden Widerstand gegen jedes Kleinkraftwerk und das Fällen von Bäumen aufgeben, nur so kann die Sache gut ausgehen. Der Technologiekonsum nimmt weiter zu, zuoberst auf den Weihnachtswunschlisten befinden sich iPads und andere stromkonsumierende technische Gadgets. Ich will nicht schwarzmalen, aber bewusst machen, dass unsere technologische Zukunft vom Stromverbrauch abhängt. Die Kühlschränke oder Autos der Energieklasse A sind teuer, wodurch der Mittelstand empfindlich getroffen wird, während Millionäre sich den Umstieg auf Geräte der A-Klasse bequem leisten können. Der Strom wird teuer, denn die Investitionen in zahlreiche Energieprojekte müssen finanziert werden. Der Strom wird sich zu einem kostbaren Gut entwickeln, vielleicht werden wir sogar unangenehme Stromausfälle oder -rationierungen erleben. Festivals wie auf dem Gurten oder das SnowpenAir-Konzert auf der Kleinen Scheidegg werden nicht mehr stattfinden können, ausser der Eintrittspreis würde 300 Franken betragen. Wer jetzt nicht kämpft, hat bereits verloren und wird eines Tages notgedrungen wieder zum Bau von Kernkraftwerken aufrufen.

Direktor SUE *Reto Nause*: Ich bedanke mich für die gute Aufnahme des Geschäfts, für das Ja zum Tandem. Es handelt sich um ein wichtiges Geschäft für ewb, aber auch für die Stadt. Das Tandem entspricht der Eigner-Strategie und bedeutet einen wichtigen Beitrag zum Umstieg von der Atomenergie zu erneuerbaren Energien. Think global, act local – es handelt sich eben auch um ein schweizerisches respektive bernisches Projekt, welches sozusagen vor unserer Haustüre liegt, bei dem wir uns engagieren wollen. Dadurch wird es ewb ermöglicht, weitgehend unabhängig von den internationalen Energiemärkten zusätzliche Energieressourcen zu erschliessen. Das Tandem bildet Teil der Wasserbatterie Grimsel. Das Projekt setzt auf einheimische Wasserkraft, denn diese verfügt über die notwendige Speicherkapazität, damit der unregelmässig anfallende Energiefluss aus Wind- und Solaranlagen ausgeglichen werden kann. Das Tandem geniesst breite Unterstützung, dies zeigt sich heute Abend, aber auch anhand der Tatsache, dass keine Einsprachen gegen das Projekt eingegangen sind. Das Tandem stellt ein nachhaltiges Projekt dar, die Aufwertung der Kraftwerke gilt als ökologisch unbedenklich, das Erscheinungsbild der Grimsel wird nicht tangiert. Dieses Projekt macht auch als Einzelprojekt Sinn, weil dadurch das Potenzial der bestehenden Anlagen besser ausgeschöpft werden kann. Durch die Modernisierung der Anlagen wird nicht nur die Steigerung der Stromproduktion, sondern auch eine gezielte und damit effiziente Nutzung der Wasserkraft erreicht. Ausserdem steht, bedingt durch das Alter der sechzigjährigen Anlagen, sowieso eine Modernisierung an. Der Gemeinderat befürwortet die Annahme der Anträge der FSU. Ich danke für Ihre Unterstützung.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt Ziffern 1 und 2 des Gemeinderatsantrages zu (68 Ja, 0 Nein).
Abst.Nr. 002
2. Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag 1 FSU zur Abstimmungsbotschaft zu (69 Ja, 0 Nein). *Abst.Nr. 003*
3. Der Stadtrat stimmt den Anträgen 2 bis 5 FSU zur Abstimmungsbotschaft zu (69 Ja, 0 Nein). *Abst.Nr. 004*
4. Der Stadtrat genehmigt die bereinigte Botschaft an die Stimmberechtigten (66 Ja, 0 Nein). *Abst.Nr. 005*

Der SRB Nr. 561 lautet

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat betreffend Investitionsvorhaben KWO plus: Teilprojekt „Aufwertung Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1“ der Kraftwerke Oberhasli AG; Ermächtigung Energie Wasser Bern, ewb.
2. Er empfiehlt den Stimmberechtigten die zuständigen Organe von ewb zu ermächtigen, die Zustimmung zur Realisierung des Projekts zur Aufwertung der Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1 gemäss Beteiligungsvertrag der KWO zu erteilen und die nötigen Beschlüsse zu treffen, um die Beteiligung von ewb sicherzustellen (68 Ja, 0 Nein).
3. Er bereinigt und genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten (66 Ja, 0 Nein).

Abstimmungsnummer: 15.12.2011-17:42 - 002

Ja-Stimmen: 68 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Beuchat, Bill, Blaser, Chheng, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Hächler, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Inthurn, Jaisli, Jakob, Keller, Klausner, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Meyer, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rüeeggesser, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Stürmer, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli

Nein gestimmt haben:

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Bietenhard, Dana, Gül, Gutzwiller, Jordi, Jost, Mathieu, Neeracher, Penher, Wertli, Zobrist

Abstimmungsnummer: 15.12.2011-17:43 - 003

Ja-Stimmen: 69 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0 Abwesend: 10 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Beuchat, Bill, Blaser, Chheng, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Hächler, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Inthurn, Jaisli, Jakob, Keller, Klausner, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Meyer, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rüeeggesser, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Stürmer, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben:

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Bietenhard, Dana, Gül, Gutzwiller, Jordi, Jost, Mathieu, Neeracher, Penher, Wertli

Abstimmungsnummer: 15.12.2011-17:44 - 004

Ja-Stimmen: 69 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0 Abwesend: 10 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Beuchat, Bill, Blaser, Chheng, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Meyer, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rüegsegger, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Stürmer, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben:

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Bietenhard, Dana, Gül, Gutzwiller, Jordi, Jost, Mathieu, Neeracher, Penher, Wertli

Abstimmungsnummer: 15.12.2011-17:44 - 005

Ja-Stimmen: 66 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0 Abwesend: 13 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Beuchat, Bill, Blaser, Chheng, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Meyer, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Rüegsegger, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Stürmer, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli

Nein gestimmt haben:

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Bietenhard, Dana, Gül, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Jost, Mathieu, Neeracher, Penher, Rub, Wertli, Zobrist

4 Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP): Staumauer am Grimsel: Ein politischer Weg aus der Sackgasse

Geschäftsnummer 11.000171 / 11/317

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 9. November 2011

Motionär *Christoph Zimmerli* (FDP): In der Schweiz handelt man nach der Tradition, politische Differenzen auf dem politischen Parkett auszutragen und nicht auf dem Gerichtsweg, damit ist man bisher gut gefahren. Bei der Frage wegen der Staumauer am Grimsel läuft alles darauf hinaus, dass die Verantwortung für einen Entscheid an das Bernische Verwaltungsgericht und das Schweizerische Bundesgericht übertragen wird. Dabei wird verkannt, dass die Gerichte nicht zuständig sind, sämtliche relevanten Tatsachen und Rechtsfragen zu klären. Sie werden einzig prüfen, ob ein Moor beziehungsweise eine Moorlandschaft von besonderer Schönheit und gesamtschweizerischer Bedeutung im Sinne des Rothenthurm-Artikels in der Bundesverfassung betroffen ist. Indessen scheint die Antwort sicher wie das Amen in der Kirche, sie lautet Ja. Und in der Folge: Keine Vergrösserung der Staumauer am Grimselsee. So müssen die neutralen Gerichte die Verantwortung tragen, anstelle der politischen Instanzen. Somit sind wir am selben Punkt angelangt wie Deutschland, wo das Bundesverfassungsgericht inzwischen in der Politik mehr bewegt als die Merkel-Regierung, ein bedauerlicher Zustand. Solch ein Ausgang wäre vor der Katastrophe in Fukushima nicht weiter erstaunlich gewesen. Nach Fukushima kann eine solche Vorgehensweise aber nicht die Lösung sein. Wer so agiert, nimmt seine politische Verantwortung nicht wahr. In diesem Saal und in dieser Stadt wurde unlängst der Atomausstieg bis spätestens 2039 beschlossen. Die logische Konsequenz besteht aus dem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. ewb hat uns bereits dargelegt, wie sie dieses Vorhaben bewerkstelligen wollen. Es ist machbar, setzt aber erhebliche Investitionen voraus, auch in die Wasserkraft. Wird dieser Ausbau nicht forsch vorangetrieben, kann das Ziel des Atomausstiegs nicht beziehungsweise nicht fristgerecht erreicht werden. Wer konsequent handelt, kann nicht den Leuten den Atomausstieg versprechen, aber beim Ausbau der erneuerbaren Energien nicht mitmachen.

Der Gemeinderat wählt den einfachen Weg. Er verweist auf die gescheiterten Bemühungen der Begleitgruppe KWO plus, die von der Regierungsrätin Barbara Egger eingesetzt wurde. Allerdings scheiterten diese Bemühungen ein halbes Jahr vor Fukushima, inzwischen haben sich die faktische und die politische Situation geändert. Es scheint deshalb nicht zu viel verlangt, wenigstens einen neuen Versuch zu unternehmen, um eine politische Verständigung zu finden. In anderen Fragen sind der Stadtpräsident und der Gemeinderat nicht so zurückhaltend, wenn es darum geht, Fragen von nationaler Bedeutung zu diskutieren. Aber in der Antwort steht zu lesen, dass der Gemeinderat den Lead nicht übernehmen will. Er versteckt sich hinter der Regierungsrätin und beklagt sich über allzu viel Aufwand.

Eine politische Verständigung führt nicht zu einem Schwarz-Weiss-Resultat wie ein Gerichtsurteil, sondern erlaubt Schattierungen. Mit unserem Vorstoss bestreiten wir die Wichtigkeit des Moorschutzes mit keinem Wort. Wer die Landschaft am östlichen Abhang des Finsteraarhorns kennt, schätzt die enorme Schönheit und Kraft dieser Bergwelt. Aber es stellt sich die Frage nach dem kleineren Übel beziehungsweise danach, ob es Alternativen gibt. Das Projekt stellt zwar einen Eingriff in die Natur dar, aber mit verhältnismässig geringem Aufwand kann eine bestehende Anlage optimiert und in Zukunft viel effizienter betrieben werden als heute. Als einzige Alternative bietet sich der Bau von neuen Kraftwerken an. Wir wissen alle, dass das Erstellen von neuen Wasserkraftwerken technisch ausserordentlich schwierig ist und politisch kaum realisierbar wäre. Wir sollten also energiepolitische Vernunft annehmen und die Verantwortung übernehmen für eine atomstromfreie Zukunft, auch in Bern. Wenn Sie damit einverstanden sind, unterstützen Sie diesen Vorstoss als Motion.

Fraktionserklärungen

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Dieser Vorstoss verlangt einzig ein Engagement vom Gemeinderat, damit die Diskussion wieder in Gang kommt und man auf dem politischen Weg eine Einigung finden kann, wie mein Vorredner bereits ausführte. Ich sehe keinerlei Einwände gegen ein solches Anliegen, zumal einer politischen Einigung gegenüber einer gerichtlichen Auseinandersetzung doch der Vorzug zukommt. Wie kann sich der Gemeinderat gegen Gespräche und den Austausch von Argumenten stellen? – Diese Weigerung scheint einzig erklärbar durch die Vermutung, dass er gegen eine Erhöhung der Staumauer ist und daher nichts zu einer aussergerichtlichen Lösung beitragen will, um seine Wahlklientel nicht zu verärgern. Zur Untermauerung dieser Absicht werden fadenscheinige Argumente vorgebracht, beispielsweise dasjenige von der fehlenden Zuständigkeit. Wer politisiert, ist damit auch zuständig dafür, die Diskussion wieder zu suchen und anzuregen; es sei denn, diese könnte die eigenen Interessen verletzen, dann unternimmt man besser nichts. Die Argumentation auf Seite 5 erscheint von daher ziemlich lachhaft. Dagegen unterstützt unsere Fraktion diese Motion.

Peter Künzler (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich äussere mich zuerst inhaltlich zur Thematik des dritten Teilprojektes mit der Staumauer und anschliessend zum Geschäft.

Die Frage einer Erhöhung der Staumauer und eines Ausbaus von Stausee-Kraftwerken generell hat sich innerhalb der realistisch gewordenen Atomausstiegsszenarien zu einer Schlüsselfrage entwickelt. In der Schweiz bietet die Photovoltaik das grösste neu verfügbare Potenzial als erneuerbare Energiequelle. Diese Form der Energiegewinnung durch Sonneneinstrahlung erzeugt noch unregelmässiger Kapazitäten als die Energie durch Wasserkraft: Siebzig Prozent der Jahresproduktion fallen während der Sommermonate an. Wenn wir uns für den Weg der Photovoltaik entscheiden, entstünde dadurch ein zusätzlicher Bedarf an Möglichkeiten, um Strom zu speichern. Dazu bräuchten wir sehr effiziente Batterien, wobei man die Staukraftwerke in den Bergen und weitere Pumpstauwerke als die besten und grössten Batterien

bezeichnen kann. Es existieren Alternativen, etwa die Kraft-Wärme-Kopplung oder die Verbrennung von Biomasse, allerdings weisen diese Varianten ein deutlich kleineres Potenzial auf als die Photovoltaik. So mangelt es bei der Biomasse an der erforderlichen Menge. Bereits heute lässt sich eigentlich eine Unterversorgung ausmachen, denn teilweise können die Schwankungen nur mit Mühe ausbalanciert werden.

Nun zur Option mit dem Stausee: Die ausgebaute Staumauer an der Grimsel ermöglicht es, den im Sommer produzierten Photovoltaik-Strom direkt zu nutzen und im Winter auf die Wasserkraftnutzung umzustellen. Dadurch wird ein wirksamer Ausgleich erzielt. Andere mögliche Massnahmen erweisen sich als weniger nachhaltig als der Ausbau des Grimselsees. Anlässlich einer gesamtparteilichen Mitgliederversammlung gelangten wir zu der Meinung, dass der Ausbau der Staumauer Sinn macht; nicht zuletzt auch aufgrund des Argumentes, dass der Grimsensee in einer bereits stark belasteten und technisierten Landschaft liegt. Es handelt sich hier um eine Industrielandschaft, die in einer wunderschönen Umgebung liegt. Indem man Neues baut, zerstört man eine bestehende Industrielandschaft nicht, wie die spektakuläre Schrägseilbrücke zeigt. Eine Industrielandschaft verträgt Eingriffe von menschlicher Hand, ohne dass sie dadurch zerstört würde wie eine Naturlandschaft. Weil man den Pelz nicht waschen kann, ohne ihn nass zu machen, müssen bei der Energiewende ökologische Nachteile in Kauf genommen werden. Wir brauchen Hochspannungsleitungen, neue Windanlagen und mit Solarpanels bedeckte Dächer, die beim Denkmalschutz oder bei der Allgemeinheit nicht zu blossen Entzücken führen. Aber darin besteht nun einmal der Preis unserer Energiepolitik. Unsere Fraktion hält die formellen Einwände des Gemeinderates gegen den Vorstoss als Motion für überzeugend, allerdings unterstützen wir aus den dargelegten inhaltlichen Gründen den Vorstoss als Postulat.

Judith Gasser (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir teilen die Meinung der GLP, ziehen daraus aber andere Schlüsse. In der vorher verabschiedeten Abstimmungsbotschaft findet sich auf Seite 9 ein Überblick über die verschiedenen Teilprojekte. Allerdings wird nur beim Teilprojekt zur Aufwertung der Kraftwerke der zusätzliche Leistungsgewinn an Energie ausgewiesen, nämlich siebzig Gigawattstunden pro Jahr. Bei den anderen Teilprojekten wird die zusätzlich gewonnene Energie nicht ausgewiesen, weil es nicht darum geht, zusätzliche Energie zu produzieren, sondern um die Produktion von Regelstrom und Spitzenstrom, den man notabene zu Zeiten des grössten Bedarfs zum höchsten Preis verkaufen kann. In diesem Sinne kann man nicht mit der Versorgungssicherheit argumentieren und nicht von übergeordneten nationalen Interessen sprechen. – Somit fehlen die Erfordernisse zur Aufhebung des Moorschutzes. Es geht vielmehr darum, dass die KWO Geld verdienen und Strom unbekannter Herkunft vergolden kann; oder anders ausgedrückt, um die Batteriefunktion, welche zurzeit wahrscheinlich überschätzt wird. In Deutschland, wo immer mehr Windenergie produziert wird, verringert sich die Nachfrage nach sogenannter Regelenergie, weil die Technologien zur Herstellung und Verteilung von Strom weiterentwickelt werden. Die Vergrösserung des Grimselsees bedeutet nicht wirklich zusätzliche Energieproduktion, tatsächlich handelt es sich um weniger als ein Prozent des Stromanteils, der aufgrund des Atomausstiegs zusätzlich produziert werden muss. In erster Linie wird damit Geld in die Kasse der KWO gespült; ob da von übergeordneten Interessen die Rede sein kann, bleibe dahingestellt. Soweit zu den grundsätzlichen Überlegungen, um die vordergründig unverständliche Position unserer Fraktion zu erklären.

Die Motion der FDP halten wir für Aktivismus. Die von der Stadt gewählte Vorgehensweise sieht vor, die Teilprojekte der Reihe nach zuerst dem Rat und anschliessend der Stimmbevölkerung vorzulegen. Wie aus den Unterlagen hervorgeht, scheint die Stadt allen Teilprojekten gegenüber recht positiv eingestellt. Ich betone an dieser Stelle, dass wir das zweite Teilprojekt mit dem Pumpspeicherwerk unterstützen werden; wir sind einzig gegen die Erhöhung der

Staumauer. Ein neues Pumpwerk kann auch ohne die Vergrösserung des Stausees realisiert werden. Die Aufforderung an die Stadtverwaltung, die Rolle als Vermittlerin zwischen den verschiedenen Parteien zu übernehmen, erscheint wenig einleuchtend, zumal dies nicht Aufgabe der Stadtverwaltung ist. Ausserdem läuft ein juristischer Prozess, der nicht einfach umgangen werden kann. Die Erhöhung der Staumauer hat mittlerweile symbolischen Wert erhalten, indem sie als Symbol für den vermeintlichen Widerstand gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien herangezogen wird. Wir unterstützen zwei von drei Teilprojekten. Von grundsätzlichem Widerstand gegen den Ausbau erneuerbarer Energien kann also nicht die Rede sein. Für uns bleibt aber der Aspekt des Moorschutzes wesentlich, der ja in der Verfassung verankert ist. Aus diesen Gründen halten wir die Erhöhung der Staumauer für kein gutes Projekt. Wir lehnen sowohl die Motion als auch ein Postulat ab.

Kurt Hirsbrunner (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Wer A sagt, muss auch B sagen. Damit schliesse ich an meine Ausführungen zum vorangehenden Traktandum an. Wenn wir das Ziel Atomausstieg 2039 erreichen wollen, brauchen wir den Ausbau am Grimsel. Die Forderung von Christoph Zimmerli ist berechtigt, der Gemeinderat muss sich auf allen Ebenen für dieses Anliegen einsetzen. Wir stimmen der Motion zu.

Michael Köppli (GLP) für die GLP-Fraktion: Grundsätzlich stimmen wir allen Teilprojekten KWO plus zu, dies schliesst die Erhöhung der Grimselstaumauer ein. Wir können unsere Zustimmung geben, wenn gewisse Bedenken zerstreut und folgende Vorbehalte erfüllt sind: Wer A sagt, muss auch B sagen. Damit wir die vierzig Prozent Atomstrom in Zukunft ersetzen können, brauchen wir mehr erneuerbaren Strom und eine gesteigerte Energieeffizienz. Dazu müssen wir aber kaum sämtliche Gewässer verbauen und alle Ziele zur Erhaltung der Biodiversität aufgeben, wie Peter Wasserfallen einwendet. Vielmehr brauchen wir sinnvolle, zielgerichtete und effiziente Projekte. Wir erachten es als wichtig, dass unser Denken über die Landesgrenzen hinausgeht. Auch in der Energiewirtschaft ist eine internationale Zusammenarbeit erforderlich, was konkret einen internationalen Verbund für erneuerbare Energien bedeutet, bei dem die Schweiz eine zentrale Funktion einnehmen kann. Der Solarstrom aus dem Süden oder der Windstrom von der Nordsee fallen zwar reichlich, aber unregelmässig an. Es macht kaum Sinn, alle Flüsse in der Schweiz zu verbauen oder unzählige Windräder zu errichten, wir sollten stattdessen auf unsere grosse Stärke setzen, nämlich die Ressource Wasser. Das Wasser bietet die einmalige Möglichkeit, den durch die erneuerbaren Energiequellen produzierten Strom zu speichern und schliesslich für einen Ausgleich der Schwankungen zu sorgen, damit der Strom verteilt werden kann und der Strombedarf jederzeit gedeckt bleibt. Sonne aus dem Süden, Wind aus dem Norden und Wasser von hier, nach diesem Motto erscheint es zentral, einen internationalen Verbund für erneuerbare Energien in Zusammenarbeit mit dem europäischen Umfeld zu lancieren. Leider fehlt in der vorliegenden Motion folgende wichtige Bedingung: Wenn die Erhöhung der Grimselstaumauer im eben beschriebenen Sinn der Speicherung und Verteilung von Strom dient, macht sie Sinn. Der Grimselstausee könnte aber auch anderweitig verwendet werden, nämlich zur Vergoldung von Strom aus nicht-erneuerbarer Quelle, indem man primär Atomstrom verpumpt. Diese Verwendung lehnen wir ab. Die Erhöhung der Staumauer muss daher mit der Bedingung verknüpft werden, dass ausschliesslich erneuerbarer Strom gepumpt wird. Die GLP hat diesbezüglich im Grossrat eine Motion eingereicht, die als Postulat überwiesen wurde. Die Erhöhung des Stausees muss für die Versorgungssicherheit genutzt werden und darf nicht dazu dienen, dass der Energieversorger möglichst viel Profit abschöpfen kann.

Es ist falsch, dieses Geschäft den Gerichten und in letzter Instanz dem Bundesgericht zu überlassen. Es ist nicht Aufgabe des Bundesgerichts, Politik zu machen. Entgegen der Aussage von Christoph Zimmerli steht unserer Meinung nach noch nicht fest, wie das Bundesge-

richt entscheiden wird. Es bestehen unterschiedliche Auffassungen darüber, ob dieses Projekt unter den Rothenthurm-Artikel fällt. Ausserdem hat das Bundesgericht in verschiedenen Fällen bewiesen, dass es in heiklen Fragen den Entscheid der Politik überlässt. Es geht hier nicht um irgendeinen Verfassungsartikel, sondern um einen Artikel, der aufgrund einer Volksinitiative in die Verfassung aufgenommen wurde und darum grundsätzlich zu schützen ist. Wir würden es begrüssen, wenn die Gerichte den Entscheid der Politik überliessen. Wir können dem Vorstoss in Form eines Postulates zustimmen, bei einer Motion werden wir uns enthalten und nicht zustimmen, weil die klare Bedingung fehlt, dass nur erneuerbarer Strom verpumpt werden darf. Auch handelt es sich um eine Art Briefträgereinstellung, im Sinn, dass die Stadt Bern bei diesem Prozess nicht viel bewirken kann. Wir lehnen Vorstösse ab, die die Stadt Bern auffordern, sich auf kantonaler oder nationaler Ebene für irgendwelche Erhöhungen bei den Sozialwerken oder Rückgängigmachungen von Sparmassnahmen einzusetzen. Konsequenterweise lehnen wir auch die Forderung ab, dass die Stadt Bern sich bei Kanton und Bund für die Erhöhung der Staumauer an der Grimsel einsetzen soll.

Thomas Göttin (SP) für die Fraktion SP/JUSO: In vielen Punkten kann ich mich den differenzierten Überlegungen von Michael Köpfli anschliessen. Zuerst zum rechtlichen Aspekt: Gerichte sichern korrekte Verfahren. Ich erinnere daran, dass die Gerichte die BKW zu einer Konzessionserlangung auffordern mussten. Dies kann der FDP nicht egal sein, da sie in anderen Bereichen auf diese Funktion der Gerichte durchaus Wert legt. Der Atomausstieg setzt die Rechtsordnung nicht ausser Kraft. Es erscheint seltsam, dass dieser Vorstoss von einer Partei stammt, die AKWs unterstützt. Im Grossrat hat die FDP ein griffiges Energiegesetz abgelehnt, sie wäre nicht erfreut, wenn dieses trotzdem durchgesetzt würde. Es ist bedauerlich, dass die FDP die Frage der Grimselstaumauer ideologisch hochstilisiert. Wir unterstützen den Ausbau im Grimselgebiet, wie wir beim vorangehenden Geschäft bereits erläutert haben, das gleiche gilt für das neue Pumpspeicherwerk Grimsel 3. Dies bedeutet zugleich eine Weiterentwicklung unserer energiepolitischen Position. Wir unterstützen das Prinzip der Pumpspeicherung, die der Bandenergie aus erneuerbaren Quellen zugutekommt, im Unterschied zu Umweltpolitikern, die Pumpspeicherwerke als „Legitimation für AKWs“ grundsätzlich ablehnen. Darin besteht für uns eine der Konsequenzen aus dem Atomausstieg. Wer nach A auch B sagen muss, ist dennoch nicht vom Denken und Abwägen befreit, wie Peter Wasserfallen antönte. Dem füge ich folgende Argumente hinzu: Ein Hauptgewicht ist auf den Ausbau der Stromnetze zu legen. In der Schweiz werden auch ohne die Grimselstaumauer massiv mehr Pumpspeicherkapazitäten gebaut, mit Limmern-Linth, Nant de Drance, Lago Bianco und Grimsel 3 erreicht man die zehnfache Leistung des AKW Mühleberg, insgesamt kommt es zu einer Verdoppelung oder Verdreifachung der Pumpspeicherkapazitäten. Der Chef der axpo, Heinz Karrer, sagt im Interview mit der Berner Zeitung (BZ), es gebe Probleme, genügend Importstrom zu bekommen, daher würde das Pumpspeicherwerk Limmern wohl weniger gut rentieren als geplant. – Und dies, obwohl es vor der Grimsel fertiggestellt wird, weil die axpo von Anfang an die korrekte Verfahrensweise einschlug. Wenn die Schweiz die Strombatterie von Europa sein will, braucht sie vor allem einen Kabelanschluss.

Bei der Erhöhung der Staumauer geht es weniger um die Pumpspeicherung als um die Verlagerung von Sommer zu Winter. Es gibt ein laufendes Verfahren zu einer Neukonzessionierung, am Ende entscheidet wohl das Bundesgericht über die Verfassungsmässigkeit in Sachen Moorschutz. Diesen Entscheid gilt es abzuwarten. Die SP hat weder Einsprachen erhoben, noch ist sie am Verfahren beteiligt. Somit handelt es sich dabei für uns vor allem um eine juristische Frage und nicht eine politische. Ob sich die Staumauererhöhung ökonomisch rechnet, ist eine andere Frage. Aktuell lässt sich eine Verlagerung der Nachfrage von Winter zu Sommer feststellen. Dieser Ausgleich geschieht auch aufgrund technischer Änderungen: Windkraftwerke und Windanlagen produzieren vor allem im Winter, während die Nachfrage

durch den Klimawandel und durch Gebäudeisolation und Kühlgeräte in den Sommer verlagert wird. Das Projekt Grimselstaumauer wurde vor vielen Jahren und unter anderen Bedingungen geplant. Ich hege Zweifel, die auch durch Gespräche mit Fachleuten bestätigt werden, ob die ursprünglichen Partner die Wirtschaftlichkeit noch positiv beurteilen und überhaupt noch eine derartige Vorlage einbringen würden. Wenn die FDP als Unterstützerin von AKWs wegen Fukushima die Staumauer fordert, macht sie das nicht gerade glaubwürdig. Mittels verbesserter Rahmenbedingungen lohnen sich Investitionen in das Energiesparen und in dezentrale erneuerbare Energien. In diesen Bereichen besteht in der Schweiz Nachholbedarf, um den Anschluss nicht zu verpassen.

Im April stellte die SP des Kantons Bern ihre Zustimmung zur Staumauer-Erhöhung in Aussicht, als Bestandteil eines Kompromisses, falls die bürgerliche Seite für ein griffiges Energiegesetz inklusive Förderabgabe votiert hätte. Davon wollten die Bürgerlichen im Grossen Rat aber leider nichts wissen. Wir überlassen die Beurteilung der Kantonalpartei und entscheiden in der Stadt, wenn eine konkrete Abstimmungsvorlage vorliegt. Fazit: Wie der Gemeinderat lehnen auch wir die Motion ab, weil das Bundesgericht erst die rechtlichen Fragen klären muss, und weil wir hinter den Projekten Handeck 2, Innertkirchen 1 und Grimsel 3 stehen. Auch steht im Stadtrat keine Entscheidung zur Staumauer an, wir stecken in keiner Sackgasse. Wir denken, Fragen zur Wirtschaftlichkeit wären gegebenenfalls nochmals zu prüfen.

Einzelvoten

Rolf Zbinden (PdA): Welche politische Unverfrorenheit muss man als Mitglied einer altgedienten Atom-Partei aufbringen, um sich bloss zwei Monate nach der Katastrophe von Fukushima als Retter in der Not und Warner vor einer energiepolitischen Sackgasse in Positur zu werfen! Für die Atomgemeinde bedeutete Angriff schon immer die beste Verteidigung. In der Pflicht stehen nun die Ewiggestrigen, nämlich diejenigen, die nicht erst gestern, sondern bereits vorgestern und lange vor Tschernobyl vor den unabsehbaren Gefahren der Atomenergie und den Folgen einer umweltzerstörenden Energiepolitik gewarnt haben. Erinnern wir uns daran, dass buchstäblich jeder Quadratmeter Hochmoor, Magerwiese, See- und Flussufer der atomgetriebenen Wachstumsfraktion in aufreibenden Kämpfen abgetrotzt werden musste. Aber vorläufig heisst es, Gesetze hin und Verfassung her. Deshalb macht sich die PdA Bern keine Illusionen: Die vorliegende Motion ist in erster Linie ein Signal zum umweltpolitischen Rollback.

Ich frage nicht, wo der Freisinn stand, als serienweise in AKWs investiert wurde und damit in eine Sackgasse, die noch Jahrtausende strahlen wird. Aber die Atomfraktion war sich ihrer Sache sehr sicher: Alternative Energiequellen? – Ein müdes Lächeln. Innovationen? – Sicher nicht, solange noch der älteste Schrottreaktor ausgemolken werden kann. Stilllegungsfonds für Atomkraftwerke? – Keine Eile, dies wird sich politisch schon richten und dem zahlenden Volk verkaufen lassen. Transparenz? – Aber wer will denn schon schlafende Hunde wecken. Sicherlich standen die Freisinnig-Liberalen mit einer solchen Haltung nicht alleine da, so auch nicht mit den Antworten auf einen unaufhaltsamen Widerstand gegen die Atomenergie: Lavieren und taktieren, uminterpretieren und umdefinieren und dann neu angreifen. Sie mögen es Lernprozess nennen, aber was wir hier erleben, stellt ein gerissenes politisches Manöver dar. Von dieser Seite haben wir auch nichts anderes erwartet. Bedenklich ist aber der Umstand, dass Exponenten der SP und der Grünen in einer Art vorausseilendem Gehorsam gegenüber dem rundumerneuertem Atomlager bereits eingebrochen sind und einer Erhöhung der Grimselstaumauer zustimmen. So haben wir uns den Green New Deal nicht vorgestellt. Eine derartige Reaktion erscheint nicht nur inhaltlich kurzsichtig, sondern taktisch blind: Sie machen sich damit zu Kronzeugen der umweltpolitischen Deregulierer und sind erpressbar für weitere Ränkespiele. Es steht hier einiges auf dem Spiel, mitunter auch die politische Glaubwürdigkeit. Auf gewisse faule Tricks sollten auch Politiker mit Ambitionen nicht hereinfallen. Das

Szenario kommt einem bekannt vor: So verwandelt sich ein AKW-Direktor flugs zum Ausstiegsstrategen und weitere Böcke stehen bereit, um den Garten zu bestellen. Wir lehnen den FDP-Vorstoss ab, auch wenn die Motion in ein Postulat gewandelt würde. Hier ist eine unmissverständliche Antwort erforderlich, ein „Versenken“ mittels Prüfungsbericht erscheint dem Ernst der Situation nicht angepasst. Denn dieser Vorstoss zielt mit seinem Angriff auf ein Schutzobjekt mit Symbolstatus. Dieser Vorstoss gibt ein Signal zum Angriff auf den Schutz von Landschaft und Umwelt. Wir sagen von allem Anfang an Nein dazu.

Luzius Theiler (GPB-DA): Es geht um den alten Konflikt zwischen materiellen und immateriellen Interessen. In diesem Zusammenhang steht auch die Rothenthurm-Initiative, deren Annahme ein starkes Zeichen von Seiten der Bevölkerung setzte. Die Grimsel stellt eines der wichtigsten Moorschutz-Objekte auf der Liste geschützter Landschaften dar. Der Moorschutz ist nicht verhandelbar, ihm kommt absolute Priorität zu. Von daher scheint es unvorstellbar, dass die Erhöhung der Staumauer rechtlich genehmigt würde, zum Beispiel durch das Bundesgericht. Unsere Abhängigkeit von der Staumauererhöhung und den Pumpspeicherkraftwerken, von Atomstrom und importiertem Strom, der zum grossen Teil aus Atomstrom aus Frankreich besteht, ist bedeutend und nicht wegzudiskutieren, Thomas Göttin hat den axpo-Direktor bereits zitiert. In dem besagten Artikel in der BZ wird zur heutigen Situation zusammenfassend festgestellt: „Düstere Aussichten für Pumpspeicherkraftwerke. Die Schweiz investiert Milliarden in neue Pumpspeicherkraftwerke, doch ein Ausstieg aus der Atomenergie und Engpässe im Stromnetz stellen Nutzen und Rendite dieser gigantischen Strombatterien infrage.“ Soll die Stadt Bern wirklich bei einem derart riskanten Geschäft mitmischen, welches zudem den Schutz der Grimsellandschaft gefährdet? – Bestimmt kein verantwortungsvoller Entscheid. Pumpspeicherwerke produzieren keinen Strom, sondern vernichten Strom, indem sie zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent mehr Strom verbrauchen, als sie abgeben. Rechnet man alle die bestehenden und geplanten Pumpspeicherwerke zusammen, liegt der Verlust von drei Milliarden Kilowattstunden in derselben Grössenordnung wie die Produktionskapazität des AKW Mühleberg. Wir müssen eingestehen, dass wir nicht beliebig viel Strom produzieren können, um alle wahnsinnigen Bedürfnisse und den wachsenden Energiehunger zu stillen. Wir müssen das Problem anders angehen: Zuerst müssen wir sehen, wie viel Strom wir auf vernünftige und umweltverträgliche Art in der eigenen Region herstellen können und danach Überlegungen anstellen, wie der Stromverbrauch an dieses Produktionspotenzial anzupassen ist. Ich habe mit Überzeugung für die ersten Projekte gestimmt, weil sie eine Möglichkeit bieten, zusätzlichen und sinnvollen Strom lokal zu produzieren. Beim Pumpspeicherwerk und bei der Erhöhung der Staumauer ist dagegen der Zusammenhang mit den Interessen der Atomindustrie zu stark. Gerade in der Stadt Bern, die zu zwei Dritteln gegen Atomkraftwerke votierte, würden wir ein seltsames Zeichen setzen, falls wir der Motion oder einem Postulat zustimmen.

Peter Wasserfallen (parteilos): Ich bin dagegen, dass die ganze Schweiz mit Anlagen zur Produktion von erneuerbarem Strom zugebaut wird. Ich spreche mich für einen Energiemix unter Einbezug eines grossen AKWs aus, neben den anderen Formen von Energie, also Solar-, Wind- und Wasserenergie. Ich bin nicht für Kernkraftwerke, weil ich diese für genial halte oder weil eine Lobby dahintersteht. Ich spreche mich für einen Mix verschiedenartiger Energien aus. Wir brauchen Ersatzenergie, die aus der Schweiz stammt, und nicht von Gazprom geliefertes Gas, nicht Erdgas oder Öl aus politisch instabilen Gebieten oder Solarenergie, die aus der Sahara hertransportiert werden muss.

Zum Grimselprojekt erinnere ich an meinen Vorstoss, der leider nur als Postulat überwiesen wurde. Aufgrund der Licht- und Wetterverhältnisse liefert die Solarenergie momentan nicht viel Energie, bei einem weiteren Ausbau könnte es im Sommer zu einer Überschussprodukti-

on an Solarenergie kommen. Um Energieüberschüsse in jeder Form speichern zu können, brauchen wir Pumpspeicherkraftwerke. In der Übergangsphase zum Atomausstieg benötigen wir ein leistungsstarkes Pumpspeicherkraftwerk. Langfristig könnte es aufgrund klimatischer Veränderungen zur Gletscherschmelze und Dürreperioden und damit zu Problemen mit den Wasserressourcen kommen. Aber die Energie stammt eben nicht aus der Steckdose, sondern aus den Kraftwerken, deswegen können wir nicht jedes Ausbauprojekt ablehnen. Kohlekraftwerke wollen wir wohl kaum erstellen. Durch die Zuleitung von gasförmigen Energien via Pipelines begeben wir uns in eine Abhängigkeit von politisch unsympathischen oder instabilen und daher unzuverlässigen Lieferanten, wie Russland, den Maghreb oder Libyen. Kommende Zeiten werden innerhalb Europas auch nicht mehr Sicherheit bieten. Deswegen müssen wir auf die lokale Versorgung setzen und dieses Kraftwerk auf der Grimsel errichten. Man versichert, es würden mehr Arven angepflanzt als zerstört und die Staumauer bleibe landschaftsverträglich. Es geht hier ja nicht darum, einen ganzen Talboden unter Wasser zu setzen. Stimmen Sie der Motion bitte zu.

Direktor SUE *Reto Nause*: Im Moment laufen keine Gerichtsverfahren zur Grimselstaumauer. Das Projekt mit der Grimselstaumauer befindet sich vor keinem hängigen Gerichtsverfahren, einzig hängig ist ein Konzessionsverfahren. Die Zuständigkeit zur Erteilung einer Konzession liegt beim Grossen Rat des Kantons Bern. Der Grossrat wird voraussichtlich Mitte 2012 über diese Konzessionserteilung entscheiden. Wenn man uns einen Auftrag zur Förderung des Projektes erteilen will, müsste dies in Form einer Aufforderung zum Lobbying im Grossrat für die Erteilung der Konzession geschehen. Falls die Konzession erteilt wird, erfährt das Projekt eine weitere Konkretisierung und wird schliesslich in der Stadt Bern erneut zur Volksabstimmung gelangen. Es liegt im Interesse von ewb, dass die Erhöhung der Staumauer bald angepackt werden kann. Damit dies geschieht, muss das kantonale Verfahren zur Konzessionserteilung rasch abgeschlossen werden. Es nützt nichts, irgendwelche Gesprächsgremien und Diskussionen aufzuziehen. In diesem Sinne empfiehlt der Gemeinderat, diese Motion als Postulat zu überweisen und gleichzeitig den Prüfungsbericht zu genehmigen.

Motionär *Christoph Zimmerli* (FDP): Ich wandle die Motion in ein Postulat um und verlange die Ablehnung des Prüfungsberichts.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärin Fraktion FDP wandelt die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich (38 Ja, 28 Nein). *Abst.Nr. 006*
4. Der Stadtrat lehnt mit Stichentscheid der Präsidentin die Antwort des Gemeinderats als Prüfungsbericht ab (33 Ja, 34 Nein). *Abst.Nr. 007*

Abstimmungsnummer: 15.12.2011-18:31 - 006

Ja-Stimmen: 38 Nein-Stimmen: 28 Enthaltungen: 0 Abwesend: 13 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Buechi, Bartlome, Beuchat, Blaser, Elsener, Espinoza, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Klauser, Köppli, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Renner-Bach, Rub, Rügsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Stürmer, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Battagliero, Bill, Chheng, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grossi, Hächler, Keller, Kusano, Lehmann, Marti, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Dana, Eicher, Gül, Gutzwiller, Jordi, Jost, Mathieu, Neeracher, Penher, Trachsel, Wertli

Abstimmungsnummer: 15.12.2011-18:31 - 007

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 34 Enthaltungen: 0 Abwesend: 13 Total: 80 (Stichentscheid Kohli)

Ja gestimmt haben: Ammann, Battagliero, Bill, Chheng, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Hächler, Imthurn, Keller, Köppli, Kusano, Lehmann, Marti, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Weder, Zbinden, Zobrist

Nein gestimmt haben: Bahnan Büechi, Bartlome, Beuchat, Blaser, Elsener, Espinoza, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Klausner, Kohli, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Renner-Bach, Rub, Rüeegg, Schmidt, Schneider, Seydoux, Stürmer, Wasserfallen, Widmer, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Dana, Eicher, Gül, Gutzwiller, Jordi, Jost, Mathieu, Neeracher, Penher, Trachsel, Wertli

5 Kleine Anfrage Michael Köppli (GLP): Stromverbrauch der öffentlichen Weihnachtsbeleuchtung in der Stadt Bern

Geschäftsnummer 11.000337 / 11/320

Direktor SUE *Reto Nause* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Dass die Stadt Bern in der Weihnachtszeit über verschiedene saisonale Beleuchtungen und beleuchtete Dekorationen verfügt, ist im Wesentlichen den Innenstadtorganisationen zu verdanken, die – mit Unterstützung namentlich von ewb – die Weihnachtsbeleuchtungen konzipieren und unterhalten. Die Innenstadtorganisationen (Bern City, Altstadtleiste, Vereinigung für Bern) sind für die Weihnachtsbeleuchtung in den Gassen und auf den Plätzen verantwortlich. Sie übernehmen die erheblichen Kosten für die Beschaffung, die Montage und die Demontage sowie auch die Stromkosten. Die Finanzierung erfolgt über die Mitgliederbeiträge. ewb erbringt Dienstleistungen gestützt auf einen entsprechenden Auftrag von Privaten oder von den Leisten und ähnlichen Organisationen. Gestützt auf einen solchen Auftrag betreute ewb in den vergangenen Jahren folgende Weihnachtsbeleuchtungen: 1. Weihnachtsbaum auf dem Bundesplatz. 2. Weihnachtsbäume beim Kornhausplatz und beim Bärengraben, durch Mithilfe beim Anbringen der Lichter auf dem Baum mit der Hubarbeitsbühne, Versorgung mit elektrischer Energie ab dem Netz der öffentlichen Beleuchtung und somit Betrieb dieser Beleuchtungen. 3. Sternenregen in Spital-, Markt-, Aarberger-, Neuen-, Zeughaus- und Genfergasse durch Versorgung mit elektrischer Energie ab dem Netz der öffentlichen Beleuchtung und somit Betrieb dieser Beleuchtungen und Ausschalten der regulären Beleuchtung im Bereich des Sternenregens in diesen Gassen. 4. Weihnachtsbäumchen und ähnliche Weihnachtsbeleuchtungen an den Fassaden in Kram-, Gerechtigkeits-, Münster- und Herrengasse durch Versorgung mit elektrischer Energie ab dem Netz der öffentlichen Beleuchtung und somit Betrieb dieser Beleuchtungen sowie Ausschalten der Fassaden-Beleuchtung im Bereich der Weihnachtsbeleuchtung.

Zu Frage 1: Insgesamt verbraucht die öffentliche Weihnachtsbeleuchtung 18'640 kWh Strom. Dies entspricht rund 0,2 % der gesamten öffentlichen Beleuchtung der Stadt Bern oder 0,003 % des gesamten elektrischen Energieverbrauchs der Stadt Bern. *Zu Frage 2:* Weihnachtsbaum Bundesplatz: LED, Weihnachtsbäume Kornhausplatz und Bärengraben: Kerzen-Glühlämpchen, Sternenregen obere Altstadt: LED, verschiedene Beleuchtungen untere Altstadt: Kerzen-Glühlämpchen. *Zu Frage 3:* Die Technologie-Wahl ist Sache der Eigentümerin oder des Eigentümers der Weihnachtsbeleuchtung. Die Investitionen sind von diesen zu tragen. Es handelt sich dabei um Innenstadtorganisationen (Bern City, Altstadtleiste, Vereinigung für Bern). Bern City hat den Sternenregen bereits umgerüstet, ebenso hat die Vereinigung für Bern die Leuchtmittel für den Weihnachtsbaum auf dem Bundesplatz auf LED umgestellt. Die Altstadtleiste können die nötigen finanziellen Mittel zur Beschaffung der neuen LED-Technologie für die Weihnachtsbäume im Moment nicht aufbringen.

Michael Köppli (GLP): Ich danke für die ausführliche Antwort. Es ist erfreulich, dass man mancherorts inzwischen zu LED-Produkten gewechselt hat.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

6 Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Missachtung des Stadtratsbeschlusses vom 19. August 2010 zur Dringlichen Motion Fraktion FDP – Neugestaltung Abgang Neuengass-Unterführung

Geschäftsnummer 11.000296 / 11/299

Direktorin FPI *Barbara Hayoz* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: *Zu Frage 1:* Weil der Gemeinderat davon ausgegangen ist, dass dies allen Beteiligten klar war. *Zu Frage 2:* Es fallen keine zusätzlichen Wartungskosten an. Die Treppenstufen müssen in der kalten Jahreszeit nicht beheizt werden. *Zu Frage 3:* Die Sanierung ohne Dach wird kostengünstiger sein als eine solche mit Dach. Die anschliessenden Betriebskosten werden sich im bisherigen Rahmen bewegen. *Zu Frage 4:* Der Gemeinderat hat keinen Beschluss des Stadtrats abgeändert. Dieser bleibt unverändert, er ist aber für den Gemeinderat respektive die Betriebskommission des Fonds für die Boden- und Wohnbaupolitik nicht bindend, weil das von den Stimmberechtigten verabschiedete Reglement über die Boden- und Wohnbaupolitik der Stadt Bern (Fondsreglement; FRBW; SSSB 854.1) eine von der Gemeindeordnung abweichende Kompetenzordnung vorsieht. Die Meinung der Bevölkerung interessiert den Gemeinderat. Ihm sind aber keine Regierung und kein Parlament in der Schweiz bekannt, welche im Vorfeld ihrer Entscheidungen Meinungsumfragen durchführen würden.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

7 Motion Fraktion FDP (Mario Imhof, FDP) vom 6. Mai 2010: Neugestaltung Abgang Neuengass-Unterführung; Begründungsbericht

Geschäftsnummer 10.000144 / 11/287

Motionär *Mario Imhof* (FDP): In der Antwort steht nirgendwo, es handle sich um eine Richtlinie. Es scheint seltsam, wenn irgendeine Betriebskommission einen Beschluss des Stadtrats, der eine Mehrheit von 41 Stimmen fand, aufgrund ihrer eigenen Beurteilung aufheben kann. Die angefügte Begründung, der Komfort sei auch ohne Dach weiterhin gewahrt, ist unverständlich. Der Verweis auf Zürich, Brüssel oder London, wo auch keine überdachten Ausgänge seien, ist unangebracht, weil es sich beim Ausgang zur Neuengasse um einen Hauptausgang des Bahnhofs handelt. Die anliegenden Geschäfte, insbesondere das Hotel Schweizerhof, verfügen über Parkplätze im Bahnhof-Parking. Sollen seine Gäste durch Regen und Schnee dorthin geschickt werden? Die einzige plausible Begründung scheint, dass die Neugestaltung wohl der Denkmalpflege oder sonst wem aus Gründen der Optik nicht passt. Dass ein überdachter Ausgang Sinn macht, ist indiskutabel. Die Stadt trägt die volle Haftung, wenn sich an dieser Stelle Unfälle ereignen. Bei Schneefall müsste an sich immer jemand vor Ort sein, um die Stufen sofort zu putzen, oder die Treppe müsste beheizt werden. – Wird das Dach belassen, empfiehlt sich die Anbringung von Solarzellen zwecks Energiegewinnung. Das Dach gibt es seit 1974 in seiner bestehenden Form, die nun veraltet sein mag. Man könnte dort stattdessen einen kleinen Baldachin bauen, der würde ins Bild passen. Ich bin unzufrieden mit dem Begründungsbericht. Gegen das Baugesuch werden bestimmte Einsprachen erhoben. Die Stadt kann Geld sparen, indem sie dem vom Stadtrat gefällten Entscheid nachkommt.

Fraktionserklärungen

Alexander Feuz (FDP) für die FDP-Fraktion: Ich bin als Anwalt im Haftpflichtbereich tätig. Als ich vernahm, dass das Dach an dieser Stelle entfernt werden soll, erkundigte ich mich bei der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) nach entsprechenden Weisungen. Spezielle Empfehlungen für die Überdachung von Treppen mit starkem Publikumsverkehr sind nicht vorhanden, aber in der bfu-Fachdokumentation „Bodenbeläge – Tipps zu Planung, Bau und Unterhalt von sicheren Bodenbelägen“ wird auf den Wetterschutz hingewiesen. Unter dem Titel „Ergänzende Massnahmen“ heisst es da: „Ein zweckmässiger Wetterschutz kann weitgehend verhindern, dass Niederschläge auf die Bodenbeläge gelangen. Er stellt somit eine wirkungsvolle Massnahme auch gegen Glatteis dar. Bei Hauseingängen sollte deshalb eine überdachte, wenn möglich windgeschützte Fläche als Schutz vorhanden sein. Die Grösse ist entsprechend den objektspezifischen Anforderungen des Gebäudes zu wählen. Eine Überdachung senkt zudem den Aufwand für die Schneeräumung und bietet Personen Schutz vor Niederschlägen. Alternativ können Fussbodenbereiche auch wirkungsvoll geschützt werden, indem der Eingangsbereich gegenüber der Gebäude-Aussenwand zurückversetzt wird. Aussentreppen sind ebenfalls möglichst gegen Witterungseinflüsse zu schützen, damit die rutschhemmenden Eigenschaften der Lauffläche erhalten bleiben.“ Der Neuengass-Ausgang stellt eine entscheidende Passage dar. Eine Entfernung des Daches wäre unverständlich. Im Rahmen der Sanierung muss zwingend ein neues Dach erstellt werden, sonst werden meine Anwaltskollegen sich über sich häufende Schadenersatz-Händel freuen können. Der Entscheid für die Errichtung eines Wetterschutzes an diesem Ort fiel parteienübergreifend aus, da sich hier im Saal eine breite Koalition von Fussgängerinnen und Fussgängern dafür einsetzte. Ich appelliere an den Gemeinderat, sich nicht aus der Verantwortung zu stehlen und das Nötige zu veranlassen, sonst kommt uns die Sache unter Umständen teuer zu stehen.

Edith Leibundgut (CVP) für die Fraktion BDP/CVP: Ich stimme den Vorrednern zu. Es ist ärgerlich, wenn der Stadtrat mit grosser Mehrheit die Überdachung gutheisst, aber der Gemeinderat darauf eine Behörde vorschiebt. Es scheint fraglich, wer die bestimmende und wer die ausführende Instanz im Rat ist. Der Gemeinderat legt dar, dass Fachstellen wie die Denkmalpflege, das Stadtplanungsamt, die Verkehrsplanung und die Stadtbildkommission sowie die zuständigen Architekten zur Demontage des Daches anregen, weil es wie ein Fremdkörper wirke, baulich alt sei und eine optimale Zirkulation verhindere. Aber gleichzeitig wird betont, städtebauliche Aspekte seien nicht über die Sicherheit zu stellen. Dagegen sprechen die Tatsachen: Durch Regen und Schnee wird die Treppe ohne Dach nass und rutschig. Die Motion will Sicherheit und Komfort gewährleisten, sie will für eine gute Zugänglichkeit für Behinderte sorgen und Unterhaltskosten senken. Überdachte Rolltreppen sind günstiger im Unterhalt als dem Wetter ausgesetzte Rolltreppen. Der Gemeinderat hat den Willen des Stadtrates umgangen. Offenbar stellt er die amtlichen über die stadträtlichen Entscheide. Da fragt man sich schon, wieso wir überhaupt noch über Motionen befinden sollen.

Patrizia Mordini (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion ist nicht einverstanden mit der Vorgehensweise des Gemeinderats, der sich wie der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik über den vom Parlament getroffenen Entscheid hinwegsetzt. Auch wenn es sich um eine Richtlinienmotion handelt, hat das Parlament klar dafür gestimmt. Dabei geht es um drei wichtige Punkte, nämlich Sicherheit, Komfort und gute Zugänglichkeit mittels eines Lifts. Der Lift wurde erst aufgrund des Einwandes seitens des Regierungsstatthalters wieder in das Vorhaben einbezogen, welches ohne Lift nicht bewilligungsfähig gewesen wäre. Wenn man es geschafft hat, den Lift wieder in die Planung aufzunehmen, erscheint ein Stadtratsentscheid ebenso Grund genug, an diesem Ort wieder ein Dach zu bauen. Im Bericht wird mit keinem

Wort erwähnt, dass es auch um Veloparkplätze geht, die geräumt werden, wobei nirgendwo aufgezeigt wird, wo ein Ersatz entstehen soll. Das Aufzeigen einer Lösung wäre von einem Begründungsbericht jedoch zu erwarten. Es geht um strategisch wichtige Veloparkplätze direkt am Bahnhof.

Daniel Klauser (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Antwort des Gemeinderats lässt vermuten, er politisiere völlig losgelöst vom Stadtrat, indem er einen Parlamentsentscheid zu ignorieren scheint. Dies mag vielleicht von den Kompetenzen her korrekt sein, politisch klug ist es sicher nicht. Eine nicht überdachte Treppe wird bei Niederschlägen rutschig sein, besonders im Winter. Aber vielleicht will man ja einen Ersatz für die Eisbahn auf dem Bundesplatz schaffen? Was der Gemeinderat mit seiner Haltung im Schilde führt, erscheint unklar.

Rahel Ruch (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Auch wir kritisieren, dass der Gemeinderat einen Stadtratsbeschluss nicht umsetzt. Dass der Gemeinderat nicht auf die Idee kam, an dieser Stelle einen Lift einzubauen, ist unbegreiflich, denn schliesslich hat sich die Stadt Bern die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung auf die Fahne geschrieben. Es mutet peinlich an, dass das Regierungsstatthalteramt den Gemeinderat zwingen muss. Wegen der Veloparkplätze gehört unsere Fraktion zu den Einsprache erhebenden Parteien. Es ist bedauerlich, dass die Veloparkplätze aufgehoben werden. Wir fordern den Gemeinderat auf, sie zu ersetzen und zwar durch kostenlose und nicht durch gebührenpflichtige Parkplätze in einer Velostation. Wenn beim Ausgang zur Neuengasse das Dach wegfällt, kann der Gemeinderat vielleicht einen schicken Ausgang präsentieren, der aber niemandem nützt. Die Bedürfnisse der Bernerinnen und Berner werden ausgeblendet. So entsteht ein schön gestalteter Un-Ort, der kaum brauchbar ist, weil er beispielsweise für Wartende keinen Unterstand bietet. Wir wollen einen öffentlichen Raum schaffen, wo alle willkommen sind, wo man sich aufhalten kann, ohne nass zu werden. Es ist unbefriedigend, dass der Gemeinderat die Meinung des Stadtrates ignoriert. Wir fordern ihn auf, erneut über die Bücher zu gehen.

Manfred Blaser (SVP) für die Fraktion SVPplus: Beim Bau des Bahnhofes war der Neuengass-Aufgang anfänglich ohne Dach. Das erste Dach, bei dessen Montage ich mitwirkte, wurde seinerzeit gebaut, weil der Abgang bei Niederschlägen nass und rutschig wurde und sich als gefährlich herausstellte. Also beschloss man, eine Abdeckung anzubringen. Bei deren Errichtung wurde auch die Rolltreppe gebaut. Ich sehe nicht ein, wieso das Dach entfernt werden soll, das damals aus gutem Grund gebaut wurde. Sie können sich die Zustände bei Schnee und Vereisungsgefahr selbst ausmalen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Begründungsbericht zur Motion.

- Die Traktanden 8 und 9 werden verschoben. -

10 Interpellation Fraktion GB/JA! (Monika Hächler/Stéphanie Penher; GB): Aula statt Spielplatz. Wie wurde die Länggassbevölkerung in das Projekt einbezogen?

Geschäftsnummer 11.000177 / 11/267

- Die Diskussion wird nicht verlangt. -

Interpellantin *Monika Hächler* (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich danke dem Gemeinderat für die nachgereichte zweite Antwort zu dieser Interpellation. Mich freut die Einsicht des Gemeinderats, dass die Quartierbevölkerung beim Entscheid zur Aula beim Grossen Länggassschulhaus einbezogen werden muss. Weil ich aber mit der Antwort nicht zufrieden bin, haben wir vor zwei Wochen eine interfraktionelle Motion eingereicht, die verlangt, allfällige Standorte nochmals zu überprüfen. Falls wirklich kein anderer Standort geeignet scheint, muss für den Spielplatz ein gleichwertiger Ersatz geboten werden.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion GB/JA! ist mit der Antwort nicht zufrieden.

- Traktandum 11 wird verschoben. -

12 Kleine Anfrage Luzius Theiler (GPB-DA): Ist es im Sinne der Umwelt, Jugendliche zu Flugreisen zu animieren?

Geschäftsnummer 11.000338 / 11/321

Direktorin TVS *Regula Rytz* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Die Nachtbusse Moonliner werden durch die Nachtliniengesellschaft betrieben. Dies ist eine einfache Gesellschaft, gebildet durch die Transportunternehmen BERNMOBIL, Postauto, RBS und BLS. BERNMOBIL ist mit der Geschäftsführung der Nachtliniengesellschaft betraut, nicht jedoch mit dem Marketing. Dieses wird von der Nachtliniengesellschaft selber durchgeführt und verantwortet. Der Gemeinderat hat der Nachtliniengesellschaft die Anfrage vorgelegt und folgende Auskunft erhalten: „Der Hauptpreis des Wettbewerbs ist eine Städtereise nach Hamburg, welche vom Sponsoringpartner von Moonliner, der Schweizerischen Mobiliar, gestiftet wird. – Zusammen mit der Berner Kantonalbank leistet die Mobiliar als Sponsoringpartnerin anstelle der Gemeinden die Defizitgarantie für die letzten Moonliner-Kurse, die Bern um 3:45 Uhr verlassen. Beim Hauptpreis handelt es sich um einen Gutschein mit freier Wahl des Verkehrsmittels für die Reise nach Hamburg. In diesem Sinne war die Wortwahl im Wettbewerbstext nicht optimal. Bei der Ausschreibung auf dem Internet unter www.moonliner.ch ist dies korrigiert worden. Es ist nicht mehr von einer Flugreise die Rede. Zudem gilt es anzumerken, dass beim Hauptpreis mit der Reise nach Hamburg auch ein Zweitagespass für die öffentlichen Verkehrsmittel in Hamburg inbegriffen ist.“ Der Gemeinderat erachtet es als nicht glücklich, mit Flugangeboten für den öffentlichen Verkehr zu werben und hat dementsprechend bei BERNMOBIL interveniert. Für den Gemeinderat steht jedoch insgesamt die vorzügliche Leistung der Nachtliniengesellschaft im Vordergrund. Moonliner baute das Angebot in den letzten Jahren erheblich aus – notabene ohne zusätzliche öffentliche Mittel der beteiligten Gemeinden, zumal der Kanton dieses Angebot nicht mitfinanziert. 2010 brachten die Nachtbusse jede Woche zwischen Donnerstag- und Samstagnacht rund 1'600 Personen sicher von ihrem „Ausgang“ nach Hause. Damit leisteten sie nicht nur einen Beitrag zur Verkehrssicherheit im ganzen Kanton Bern, sondern vermieden auch eine beachtliche Menge an Kohlendioxid und anderen Schadstoffen. Dafür gebührt Moonliner der Dank des Gemeinderats.

Luzius Theiler (GPB-DA): Auf besagter Webseite konnte man lesen, dass das Marketing für Moonliner von BERNMOBIL geleistet wird. Es sind Veränderungen im positiven Sinn vorgenommen worden. In der Antwort sagte Regula Rytz, dass die Werbung für eine Flugreise un-

glücklich sei und distanzierte sich davon. Bis dahin bin ich mit der Antwort zufrieden. Aber der zum Schluss der Antwort folgende Werbetext hat mit meiner Frage nichts zu tun.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

- Traktandum 13 wird verschoben. -

14 Postulat Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Zufahrt für Gehbehinderte in die obere Altstadt

Geschäftsnummer 11.000146 / 11/304

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 21. September 2011

Postulant *Hasim Sancar* (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich ziehe das Postulat zurück, weil ich einerseits nicht mit dem Verkehrskompromiss von 1997 in Widerspruch geraten will und andererseits, weil der Gemeinderat in der Antwort erwähnt, dass der Zugang für Notfälle während Sperrzeiten möglich bleibt. Für mich hat sich die Sache somit erledigt.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Postulantin Fraktion GB/JA! zieht das Postulat zurück.

- Traktanden 15 und 16 werden verschoben. -

17 Interpellation Henri-Charles Beuchat (CVP): Anti-AKW-Kundgebung anstelle von Schulunterricht – Gegen den pädagogischen Aufruf zum zivilen Ungehorsam

Geschäftsnummer 11.000191 / 11/306

- Die Diskussion wird nicht verlangt. -

Interpellant *Henri-Charles Beuchat* (CVP): Einmal mehr haben wir es mit einer Antwort zu tun, wie sie für den Gemeinderat typisch sind: Eine der Fragen bezieht sich auf die Organisatoren der Kundgebung, an der die Schülerinnen und Schüler demonstrierten. Darauf antwortet der Gemeinderat, dass die Organisatoren den Behörden nicht bekannt seien, da sie „versteckt agierten“. Wer im Internet recherchiert, stösst rasch auf die fraglichen Organisatoren, nämlich die Union der Schülerorganisationen, deren Generalsekretär, Michael Stampfli, ein Mitglied der JUSO, den Aufruf signierte. Ich finde es schlecht, wenn ganze Kindergärten im Fahnenmeer der JUSO mitmarschieren. Ich bitte den Gemeinderat, Interpellationen zu gewissen Themenbereichen kritischer und wahrheitsgetreuer zu beantworten. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden.

18 Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Die städtische Verwaltung ist keine Werbefläche für die Privatwirtschaft

Geschäftsnummer 11.000192 / 11/305

- Die Diskussion wird nicht verlangt. -

Interpellant *Hasim Sancar* (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich bin mit der Antwort nur teilweise zufrieden. Weil ich mit der Haltung des Gemeinderates nicht zufrieden bin, habe ich am 1. Dezember 2011 eine Motion zum Thema eingereicht. Die Diskussion wird anlässlich der Behandlung der Motion stattfinden.

Beschluss

5. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
6. Die Interpellantin Fraktion GB/JA! ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

Mitteilung der Präsidentin

Die Vorsitzende *Vania Kohli*: Ihr seid eingeladen zum anschliessenden Apéro Dinatoire in der Eingangshalle des Rathauses und ich wünsche eine ruhige Vorweihnachtszeit, schöne Festtage und einen guten Rutsch ins Wahljahr.

Applaus.

- Der Stadtrat verschiebt die Traktanden 8 und 9, 11, 13 sowie 15 und 16. -

Eingänge

Es werden folgende **parlamentarische Vorstösse** eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Dringliche Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF/Alexandre Schmidt, FDP): Präzisierung des städtischen Abfallreglements
2. Dringliche Interpellation Alexander Feuz (FDP), Ueli Jaisli (SVP): Gelten die Bauvorschriften nicht im Pfründwald?
3. Motion Beat Gubser (EDU): Moderate Steuersenkung nach Eigenkapitalbildung
4. Postulat Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães, JUSO): Nanopartikel im Abwasser – der Ausbau der ARA Region Bern als Chance für eine Systemoptimierung?
5. Postulat Manuel C. Widmer (GFL): Sicher warten und sicher gesehen werden – Haltestellen von BernMobil und Fussgängerstreifen
6. Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Zur Von-Roll-Schreinerei – Wie reagiert die Stadt auf die Forderung des Kantons nach illegalem Handeln?

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin: *Vania Kohli*

Die Protokollführerin: *Barbara Waelti*